

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipfer (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom Zentralverband der Maurer Deutschlands, Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.

## Wo stecken die Volksbetrüger?

Mehr denn je ist es jetzt die Pflicht aller Arbeiterorgane, vor allem Volk die zu kennzeichnen, die an dem neuen Steuerraub schuldig sind und mitzuhelfen, die politische Atmosphäre Deutschlands zu reinigen von dem Bazillus einer volksfeindlichen Demagogie, wie sie sich im Zentrum verkörpert. Das Landjunkerturn und die industriellen Scharfmacher sind gewiss die erbittertesten Feinde der Volksfreiheit und der Volkswohlfahrt; aber sie allein wären ohnmächtig, wenn sie nicht im Zentrum einen Verbündeten fänden, der stets bereit ist, die verderblichsten Anschläge mit zu verwirklichen. Das Junkertum und die industriellen Scharfmacher bilden nur eine Minderheit, eine kleine Minderheit im Volksganzen, und wenn sie trotzdem dem öffentlichen Wesen den Stempel ihres eignen Wesens aufdrücken können, so liegt das daran, daß sie durch das Zentrum Schichten der Bevölkerung auf ihre Seite bringen, die ihrer Klassenlage entsprechend die offenen Gegner der Junker und Scharfmacher sein müßten.

Dazu gehören in erster Linie die Arbeiter, die heute noch Angehörige der Zentrumsparthei sind. Diese Arbeiter sind genau so wie wir an einer durchgreifenden Sozialpolitik, an einer den Bedürfnissen der Massen dienenden Wirtschaftspolitik und an freisheitlichen öffentlichen Zuständen interessiert. Sie leiden wie wir an der Unzulänglichkeit der sozialpolitischen Einrichtungen, an der Wirtschaftspolitik, die die notwendigsten Lebensmittel wie Brot, Fleisch usw. künstlich verteuert, an der Ungleichheit der politischen Rechte, durch die der Arbeiter gegenüber den andern Kreisen der Bevölkerung benachteiligt ist. Darum begehrt jeder ein Verbündeten an der Arbeiterpartei, der sie überredet, für eine Partei wie das Zentrum einzutreten, die so manchen Akt der Sozialpolitik verschlechtert hat, die eine der stärksten Stützen der junkerfreundlichen Wirtschaftspolitik ist und die keinen Finger rührt, um die politischen Rechte der Arbeiterschaft zu wehren und zu erweitern.

Es ist eine Frage für sich, ob das Zentrum bei der wirtschaftlichen Lage der Masse seiner Angehörigen, die sich aus Grundbesitzern und Kleinbürgern zusammensetzt, überhaupt den Arbeitern dienen könnte, wenn es wollte; doch wollen wir diese Frage jetzt nicht entscheiden. Hier soll konstatiert werden, daß das Zentrum in der Praxis, wie immer, so auch gerade in der letzten Zeit, die Interessen der Arbeiter und damit eines Teiles seiner Wähler mit Füßen getreten hat.

Vor kurzem hat sich die „Baugewerkschaft“, das Organ des christlichen Bauhandwerkerverbandes, veranlaßt gefühlt, etwas über das Verhalten der Sozialdemokratie bei Abstimmungen im Reichstage zu schreiben. Da sie das Blatt einer „neutralen“ Gewerkschaft ist, so muß sie nämlich stets gegen die Sozialdemokratie gehen. Sie glaubt mit ihren Veröffentlichungen bis zum Jahre 1881 zurückgehen zu müssen, um die richtigen Motive zu finden. Ihre ganze Aufzählung ist tatsächlich nur für Dumme oder für politische Kinder berechnet; aber sie muß ja am besten wissen, für wen sie schreibt. Betrachten wir uns ihre Angriffe auf die Sozialdemokratie, ehe wir auf die Haltung des Zentrums näher eingehen.

Die Abstimmungen, die sie zur Grundlage ihrer Vorwürfe macht, lassen sich denn Wesen nach in drei Gruppen einteilen. In die erste Gruppe gehören die über Steuern auf den Geldverkehr, wie Börsensteuer, Scheidsteuer und verwandtes. Generell läßt sich da nicht entscheiden, wie eine Partei des wirtschaftlichen Fortschritts zu stimmen hat. Sie hat sich an die Regel zu halten, daß der Geld-, Waren- und Güterverkehr nicht erschwert werden darf, weil das die wirtschaftliche Latenz lähmt und dadurch die Produktion hemmt, was eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes notwendig zur Folge hat. Der unerfahrene Krämer oder der beschränkte Kleinmeister mag in solchen Steuern eine Besteuerung des Reichtums sehen, wenn er nicht über seine Nase hinwegsehen kann; der unterrichtete Volkswirt jedoch, der die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens kennt, sieht darin eine

Gefahr für den ganzen Handel und Wandel. Die Sozialdemokratie hat sich stets auf diesen Standpunkt gestellt und hat damit im Interesse des wirtschaftlichen Fortschritts gehandelt; das Zentrum hat Deutschland, diese große Wertstätte, dies Land einer großen, aufstrebenden Industrie, vom Standpunkte des beschränkten Kleinbürgers behandelt, weil es seinem reaktionären Wesen entsprach, den wirtschaftlichen Fortschritt zu unterbinden und weil es sich bei seinem einseitigen Publikum damit den Nimbus geben konnte, es hätte den Reichtum belastet. In Wirklichkeit hatte es nur dem Handel und Verkehr auf Kosten der Arbeit und des wirtschaftlichen Fortschritts geschadet. Wo es sich bei dieser Art Steuern um eine wirkliche Besteuerung des Reichtums handelte, wie bei der Lantime- oder Dividendensteuer, da hat die Sozialdemokratie dafür gestimmt. Es stellt der Einsicht der „Baugewerkschaft“ wahrlich ein schlechtes Zeugnis aus, daß sie sich die Anschuldigung der beschränkten Kleinbürger zu eigen macht.

Die zweite Gruppe der herangezogenen Abstimmungen umfaßt die soziale Gesetzgebung. Hier können wir nun nicht die Einsicht der „Baugewerkschaft“ als mildernden Umstand passieren lassen, hier müssen wir sie der Verleumdung gehen. Die Einsicht spielt bei den hierauf gegründeten Angriffen nur insofern eine Rolle, als die „Baugewerkschaft“ auf die Einsicht ihrer Leser spekuliert. Wo ist heute wohl noch der Arbeiter, der da glaubt, die Sozialdemokratie hätte darum gegen die sozialen Versicherungsgesetze oder gegen die Gewerbeverordnungen gestimmt, weil sie den Arbeitern die darin liegenden Vorteile nicht gönnt hätte? Gäbe es einen solchen Arbeiter, so könnte er sich diese Dummheit nur durch jahrelange Letztüre von Blättern vom Schlage der „Baugewerkschaft“ erworben haben; denn sonst lehnen es ihn tausend Stimmen an einem Tage, daß die Sozialdemokratie der Pionier der Sozialpolitik gewesen ist von ihrem Ursprung an und daß sie auch heute noch die Pionierarbeit für den sozialen Fortschritt zu leisten hat.

Der erste Entwurf eines Arbeitererziehungsgesetzes kam von der Sozialdemokratie, er war von den Sozialdemokraten Frische und Webel in den siebziger Jahren dem Reichstage vorgelegt worden, aber die bürgerliche Mehrheit, darunter das Zentrum, hat sie mit Spott und Hohn überschüttet und den Antrag niedergestimmt.

Die ersten Anträge auf Zwangsversicherung gegen Krankheit waren von der Sozialdemokratie eingebracht worden. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages, darunter das Zentrum, hat sie abgelehnt und die Sozialdemokraten damit verhöhnt, ob sie glaubten, daß sie schon im Zukunftsstaat wären.

Später hat dann aus Furcht vor der wachsenden Sozialdemokratie die Regierung die Grundgedanken der sozialdemokratischen Anträge aufgegriffen, sie reaktionär ausstaffiert — wie das Krankentafelgesetz mit der Einrichtung der Betriebs- und Zünfts-Krankenkassen —, sie arg verworktet und dann als Lokmittel für die Arbeiter auszuwerfen, um diese zur Abwehr von der Sozialdemokratie zu bewegen. Die damals gedächte Sozialdemokratie, die man außerhalb der Gesetze gestellt hatte und grausam verfolgte, hat sich dann bemüht, den Gesetzen ihre reaktionären Bestandteile zu nehmen und sie im Interesse der Arbeiter zu verbessern; als das aber an dem Widerstande der bürgerlichen Mehrheit, darunter des Zentrums, scheiterte, hat sie gegen die Gesetze gestimmt, weil sie ihr ungenügend waren. Es kam unter ebrlichen Leuten gar keinen Streit darüber geben: Die Sozialdemokratie hat die soziale Gesetzgebung veranlaßt. Bismarck, der größte und gefährlichste Gegner der Sozialdemokratie, hat das selber anerkannt, indem er sagte: Ohne die Sozialdemokratie hätten wir heute noch keine Sozialgesetzgebung.

So verhält es sich mit allen sozialen Gesetzen, denen die Sozialdemokratie ihre Zustimmung versagen mußte, weil sie allzu ungenügend waren. Eine elende Rabulistikerei ist es

vollends von der „Baugewerkschaft“, der Sozialdemokratie die Ablehnung des Invalidenversicherungsgesetzes zum Vorwurf zu machen. Seit wann hätte die Sozialdemokratie den Grundgedanken dieses Gesetzes abgelehnt? Sie hat ihn stets vertreten, im Gegensatz zum Zentrum, das das Invalidenversicherungsgesetz gleichfalls abgelehnt hat, aber nicht darum, weil es ihm nicht arbeiterfreundlich genug war, sondern weil das Zentrum von einer staatlichen Versorgung der Invaliden und Alten überhaupt nichts wissen wollte.

Man beachte: Die Sozialdemokratie lehnte das Invalidenversicherungsgesetz ab, weil es den Arbeitern zu wenig Unterstützungs- und Verwaltungsrechte gab. Das Zentrum, weil es den invaliden und alten Arbeitern überhaupt nichts geben wollte!

Nun die dritte Gruppe: Sie umfaßt die Abstimmungen über Steuern auf sogenannte „Luxus“artikel. Solche Steuern hat nämlich die Sozialdemokratie bisher stets abgelehnt und wird es auch in Zukunft tun. Solche Steuern bringen einerseits nur geringe Beträge, weil der Verbrauch solcher Dinge gering ist, aber sie sind andererseits gefährlich, indem sie den Erwerbszweig, in dem die betreffenden Artikel hergestellt werden, schwer schädigen. Ihre Ablehnung aber wird bedingt durch ihren Charakter als indirekte Steuern, die stets von dem wirtschaftlich Stärken auf den wirtschaftlich Schwächeren abgedrückt werden, die Schwächeren sind meistens die Arbeiter in der von der Steuer betroffenen Industrie. Sie sind so reich Steuern nach dem Herzen des Zentrums; denn es kann bei seinen des Denkens entrophten Anhängern damit renommieren, es habe den Reichtum belastet; es verschweigt ihnen aber, daß diese Steuern der reichen Leuten gar nicht so wehe tun, daß die Arbeiter oder die kleinen Händler dabei die Leidtragenden sind. Wo es sich um eine wirkliche Besteuerung des Reichtums handelt, da verlangt das Zentrum, lieber läßt es die Lasten den Armen auf, wie jetzt bei der Erbschaftsteuer.

Damit könnten wir die „Baugewerkschaft“ verlassen, wenn wir sie nicht noch auf eine offenbare und bewußte Unwahrheit amageln müßten. Sie schreibt in ihrer Nr. 37, die Sozialdemokraten hätten gegen die 4 Millionen Mark zur Unterstützung arbeitslos werdender Tabakarbeiter gestimmt. Das ist, wie wir einfach feststellen wollen, eine Lüge. Die Sozialdemokratie hat dafür gestimmt; dagegen gestimmt haben zwölf Abgeordnete, meist Konservative, aber auch ein Zentrumsmann, der Abgeordnete Lehntner, aber kein Sozialdemokrat.

Doch da einmal von der Unterstützung, der durch die Tabaksteuer arbeitslos werdenden Arbeiter die Rede ist, so mag auch gesagt sein, wie es damit steht. Die Sozialdemokraten hatten einen Antrag eingebracht, der eine ausreichende Unterstützung der arbeitslos werdenden Arbeiter vorsah. Dieser Antrag wurde von der bürgerlichen Mehrheit niedergestimmt; nur gegen 60 Abgeordnete, Sozialdemokraten und einige Freisinnige, stimmten dafür; dagegen stimmte auch das Zentrum mit Einschluß seiner Nominierten Giesberts, Wieberg usw. Dann brachte Giesberts einen Antrag ein, der eine Unterstützung der Arbeiter in beschränktem Umfange vorsah, die Gesamtsumme der Unterstützung sollte vier Millionen Mark nicht übersteigen. Für diesen Antrag stimmten selbstverständlich auch die Sozialdemokraten, obwohl er ungenügend ist. Die Folge wird sein, daß viele durch die Steuer geschädigte Arbeiter nichts bekommen können, weil das Geld nicht reicht oder weil sie von der Unterstützung von vornherein ausgeschlossen sind, wie z. B. die Zigarrenkistenmacher. Allein im Hauptzollamt Minden waren bis vor 14 Tagen schon 6000 Unterstützungsgesuche von entlassenen Tabakarbeitern eingegangen. Das ist eine Wirkung, die alle Bestürzungen übertrifft. Es wird aber noch weit schlimmer kommen; denn die Entlassungen von Arbeitern werden weiter vor sich gehen, so daß die vier Millionen Mark auch nicht entfernt ausreichen werden, um allein diese Wirkungen des

Steuerraub zu paralyfieren. Das ist die politische Leistung des Zentrums und seiner Arbeiterabgeordneten für die Opfer des Steuerraubes.

Nun sehen wir uns die Haltung des Zentrums an. Was für die gegenwärtige politische Situation von besonderer Bedeutung ist, sagt uns die folgende Tabelle. Leider ist sie nur ein schwacher Versuch, das arbeitserfindliche Verhalten dieser Partei in seinem ganzen Umfange darzustellen; aber es gibt eben Dinge, die über jede Schilderung hinaus gewachsen sind, und zu diesen gehören die Frevel des Zentrums gegen die Wohlfahrt des deutschen Volkes.

Das Zentrum hat die Zeit der Teuerung mit herbeigeführt, indem es die Wirtschaftspolitik der Junker mitmachte, die uns das Brot, das Fleisch, die nötigsten Lebensmittel und Gebrauchsgüter verteuerte. Das Zentrum hat den uns ungeheure gestiegenen Mänteln zu Lande und zu Wasser Vorschub geleistet; das Zentrum hat den Arbeitern bei jedem energischen Versuch, auf dem Gebiete der Sozialpolitik Fortschritte zu erreichen, Weistugeln an die Weine gefängt; das Zentrum narret die Arbeiter mit seinen Versprechungen, etwas in der Frage des preussischen Wahlrechts zu tun, denen es nie eine Tat folgen läßt. Und nun seine Haltung bei der letzten Finanzreform! Außer den in der Tabelle wiedergegebenen Abstimmungen ist noch manches zu erwähnen. Da ist die Zollerhöhung auf Kaffee, der das Zentrum seine Zustimmung gegeben

hat, auch einige seiner „Arbeiter“, wie Giesberts und der Leiter der katolischen Fraktion, Dr. Feischer! Andre Arbeiterabgeordnete enthielten sich der Abstimmung, einige, so auch Wiedeberg, stimmten mit den Sozialdemokraten dagegen. Die Mithenumsatzsteuer, eine Steuer, die sicher eine weitere Verteuerung des Brotes zur Folge gehabt hätte, ist gegen das Gros der Zentrumsstimmen abgelehnt worden; das Zentrum wollte das Volk auch mit dieser Steuer beglücken. Die Anträge der Sozialdemokraten und anderer Oppositionsparteien, die eine Entschädigung der durch die Zöllosteuern arbeitslos werdenden Arbeiter festlegen wollten, sind vom Zentrum abgelehnt worden. Desgleichen ein Antrag, daß ein Teil des Branntweinsteuerertrages zur Bekämpfung des Alkoholismus verwendet werden sollte.

Diese Willkür sollte genügen, um auch dem rückständigsten Arbeiter die Augen zu öffnen, ihm zu zeigen, daß es keine schlechtere Vertretung der Arbeiterinteressen gibt, als es das Zentrum ist. Und zu dieser Partei bekennen sich Arbeiterführer, die als Vertreter der Arbeiterinteressen gelten wollen! Sie unterstützen und fördern die Politik dieser Partei und wagen sie zu verteidigen! Das ist der Gipfel in der Unnatur unserer politischen Zustände — es wird auch der Wendepunkt sein.

Nichtung beeinflusst werden, und sie wirkt dann vorbildlich für die Gewinnbemessung in allen andern gewerblichen Betrieben. Auch hierdurch wird aber wiederum der Anteil der Arbeit an Produktionserträgen beeinträchtigt. Doch im laufenden Jahre schon wieder auf eine höhere Gewinnaufschlagung hingearbeitet wird, das sieht man z. B. schon an der Dividendenpolitik der Aktiengesellschaft „Phönix“. Selbst an der Börse hatte man kaum eine Dividende erwartet, die über 7 pSt. für das Geschäftsjahr 1908/1909 hinausging. Als gar von einer achtprozentigen Dividende verlautete, da waren die Aktien sehr begehrt. Der Abschluß selbst aber ergibt sogar zur Ueberraschung der Börse und der meisten Aktionäre eine neunprozentige Dividende. Nun ist ja aus den Ziffern der Bilanz nicht zu ersehen, welche Einnahmen die Gesellschaft aus dem Verkauf ihrer Erzeugnisse erzielt hat, zu welchen Preisen die Vorräte aufgenommen sind, wieviel Vorräte überhaupt vorhanden sind; es ist daher unmöglich, aus einer genauen Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse heraus an der Dividendenpolitik der „Phönix“-Aktiengesellschaft Kritik zu üben. Aber daß nach den bestmöglichen Berichten über das Eisen- und Stahlgewerbe, besonders aber über die „Phönix“-Gesellschaft sich jetzt plötzlich ein ganz uberragend betriebendes Ergebnis herausstellt, das hängt doch eng mit dem Bestreben zusammen, die Wertsteigerung am Kapitalmarkt möglichst zu beschleunigen. Das ist aber eine forzierte und keine gesunde Politik. Für den Arbeitsmarkt und für den Volkshaushalt wäre es nicht erfreulich, wenn diese Politik noch durch eine Wertsteigerung des Geldmarktes begünstigt würde. Wenn auch der Prozeß der wirtschaftlichen Erholung nicht gerade aufgehalten würde, so wäre doch bei der noch so sehr starken Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt die Besserung der Einkommensverhältnisse der Arbeiterbevölkerung recht fühlbar erschwert.

Berlin, 19. September 1909. Rich. Calwer.

Politische Umschau.

Die innerpolitische Lage. — Enthaltungen über die neue Kamarilla. — Rebellion im Lager der Konservativen. — Flucht aus dem Bunde der Landwirte. — Des neuen Steuerregens ganze Fälle. — Die brotlosen Arbeiter der Tabakindustrie und ihre Unterstützung. — Der Bierkrieg und der Branntweinbottel der sozialdemokratischen Arbeiterklasse. — Pflicht der Arbeiterklasse zum Kampfe gegen die reaktionären Gewalten und Parteien.

Die innerpolitische Lage hat seit unserm letzten Bericht nennenswerte Veränderungen nicht erfahren. Eine besondere Aufmerksamkeit haben Enthaltungen erregt aus konservativem und Merikalen Lager, wonach Fürst Wilow tatsächlich, was für den Kenner der deutschen Politik von Anfang an kein Geheimnis war, anlässlich der Finanzreformfrage das Opfer einer neuen Kamarilla, einer aus Junkern und Merikalen zusammengesetzten Clique geworden ist. Zunächst veröffentlichte der konservative Abgeordnete v. Belding im „Tag“ unter der Ueberschrift „Hinter den Kulissen“ einen Artikel, in dem ausgeführt wird, daß es einigen Kamarillaführern, dem Fürsten zu Fürstenberg und dem Grafen Appersdorf, gelungen sei, den Führern der reaktionären Parteien die Ueberzeugung beizubringen, daß Fürst Wilow „liberalen“ und wahlrechtsreformersischen Ideen zuneige, daß er das Vertrauen des Kaisers unüberbrücklich verloren habe und daß es des Kaisers Wunsch entsprechen würde, wenn der Kanzler über die Reichsfinanzreform fürze. In derselben Weise äußerte sich sodann die ultramontane „Märkische Volks-Zeitung“. Die führenden konservativen Blätter haben sich zwar bemüht, diese Enthaltungen als unzutreffend hinzustellen; aber es unterliegt für jeden in die Verhältnisse eingeweihten Politiker gar keinem Zweifel, daß die Junkerpartei den Fürsten Wilow fürzen wollte, weil er ihr einer starken Hinnegung zu „liberalen Ideen“ hinreichend verträglich erschien und daß sie sich zu diesem Zweck mit dem Zentrum verband, das an Wilow wegen der Wlopolitik Nachz nehmen wollte. Ob die Mitteilung, daß Wilow das Vertrauen des Kaisers verloren, zutreffend ist, vermögen wir nicht zu entscheiden. Zweifellos richtig ist, daß die Kamarilla ihn gestützt hat. Vorgänge dieser Art sind ja nichts Neues in Preußen-Deutschland. Die Junkerpartei ist nun einmal die regierende Partei, die beständig ein verhängnisvolles politisches Intrigenspiel hinter den Kulissen treibt.

In den letzten Wochen hat diese Partei, die sich die konservativen nennt, unter den Wirkungen der von ihr im Bunde mit dem Zentrum ins Werk gesehenen „Reichsfinanzreform“ schwere Erschütterungen erfahren. Es ist Rebellion in ihren eignen Reihen ausgebrochen; viele ihrer Mitglieder haben ihre Kluden geteilt oder energisch Protest erhoben gegen ihre Haltung bei der Reichsfinanzreform. Der mit ihr engstens verknüpft, ja geradezu einen integrierenden Teil bildende Bund der Landwirte hat nach einer Mitteilung einer Berliner Korrespondenz seit Abschluß der Reichsfinanzreform über 82.000 Mitglieder verloren. — Konservativ und Wähler-Organen haben freilich die Richtigkeit dieser Mitteilung bestritten; sie ist aber von anderer Seite mit aller Entschiedenheit aufrecht erhalten worden. Ohne Zweifel hat in der Preise der wirklichen Landwirte, der Bauern, die sich dem Bunde angeschlossen, die Erkenntnis Einzug gehalten, daß sie einem demagogischen Schwindel der Großgrundbesitzer zum Opfer gefallen sind. Wir haben es nie bezweifeln können, wie Bauern mit Junkern zur Kamarilla gezogen

Wirtschaftliche Rundschau.

Erhöhung des Zinsfußes der Reichsbank. — Diskonterhöhung und Arbeitsmarkt. — Die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften.

Daß die Reichsbank schon jetzt eine Diskonterhöhung von 3/4 auf 4 pSt. vornimmt, ist eine befremdliche Erscheinung. In dem Bericht, der über die Sitzung des Reichsbankdirektoriums vom 18. September in der Presse verbreitet wird, sind als Gründe für die Notwendigkeit einer Diskonterhöhung angegeben: die steigende Tendenz des Privatdiskonts, die voraussichtlich starke Inanspruchnahme der Bank am Ende des laufenden Quartals, das Bedürfnis, den Vorrat der Bank zu schützen und endlich die beträchtliche Ausdehnung des Vorjensegments in letzter Zeit. Diese Gründe mögen für die Diskonterhöhung mitbestimmend sein, aber sie sind nicht vollständig. Vor allem sei einmal darauf hingewiesen, daß schon vor der Diskonterhöhung der offizielle Zinsfuß in Deutschland über den Sähen in Brüssel, Paris und London stand, daß im Auslande die Lage des Geldmarktes keine Heraushebung des Zinsfußes erfordert, obwohl auch dort die Ansprüche an die Notenbanken wieder in der Zunahme begriffen sind. Wieso besteht gerade für Deutschland die Notwendigkeit einer Diskonterhöhung in einem Jahre, das sich im allgemeinen durch besondere Geldfülle auszeichnet? Stegt das englische und allein an den starken Ansprüchen von Industrie und Handel? Ist vielleicht nicht auch zu wenig Wert darauf gelegt worden, den Goldvorrat der Reichsbank mehr zu häufen, als es geschehen ist? Sind ferner nicht auch die Beziehungen der Reichsbank zum Reichsfinanzamt ein Moment, das der Reichsbank die Erfüllung ihrer hauptsächlichsten Aufgabe erschwert? Und ist es richtig, daß für die früheren Ansprüche der Börse die übrige Geschäftswelt gemäßigteren Blicken soll, indem schon wieder der Kredit verteuert wird? Wir wollen diese Fragen keineswegs in der einen oder anderen Weise hier zur Entscheidung bringen, aber sie drängen sich dem Beobachter unwillkürlich auf, da eine Diskonterhöhung im laufenden Jahre nicht unbedenklich ist.

Auch vom Standpunkte des Arbeitsmarktes ist die Diskonterhöhung eine recht wichtige Angelegenheit. Denn wenn wir die Wirkungen einer Diskonterhöhung verfolgen, so können wir zum mindesten den wahrscheinlichsten Einfluß auf den Arbeitsmarkt feststellen. Durch die Diskonterhöhung wird zunächst der gesamte Kreditverkehr, und zwar nicht nur um die Rate der offiziellen Diskonterhöhung, sondern darüber hinaus verteuert.

Das beeinflusst in einer Zeit der Erholung, wie der jetzigen, ebenso die Warenherstellung wie den Warenmarkt ungünstig. Wenn die Verteuerung im einzelnen Fall auch keine große Rolle spielt, so beeinträchtigt sie doch auf der einen Seite die Gestaltungskosten, auf der andern Seite aber führt sie zu der Neigung, die Warenpreise zu erhöhen. In beiden Fällen wird die Lage des Arbeiters tangiert. Muß der Unternehmer seinen Kredit teurer bezahlen und doch, wie gegenwärtig, darauf sehen, so billig wie möglich zu arbeiten, so wird er die Mehrbelastung infolge des höheren Diskonts auf andre Weise wieder einzubringen suchen. Er wird sich namentlich gegen jede andre Steigerung der Gestaltungskosten, zu der er nicht direkt gezwungen wird, möglichst ablehnend verhalten; ja, er wird, wo er kann, an ihnen zu sparen versuchen. Das geschieht aber einmal an der Lohnsumme, die er für seinen Betrieb ausgiebt, sodann aber dadurch, daß er die Rohmaterialien und sonstige Betriebsstoffe billig zu erstehen sucht und damit wieder einen Druck auf die Lohnsumme in andern Betrieben ausübt. Auf der andern Seite sucht aber der Warenhandel, namentlich im Verkehr mit dem Konsum, die Belastung aus dem erhöhten Diskont auf die Warenpreise abzuwälzen, und so entzieht für die Konsumenten die Gefahr von Preisausschlägen. Wie im einzelnen Falle die Diskonterhöhung wirkt, ist ja schwer zu sagen, es sind immer die jeweiligen Verhältnisse noch in Betracht zu ziehen; aber daß die Höhe des Geldleihwertes auf den Preis der Ware Arbeitskraft und auf die Preise der Konsumgüter einwirken muß, das ist sicher. Wenn in Zeiten aufsteigender Konjunktur, wo alle wirtschaftlichen Kräfte wieder in voller Entfaltung begriffen sind, die Diskonterhöhung angezogen wird, da wirkt die Verteuerung des Geldes nicht fördernd, da auch schon die Gegenkräfte genügend stark sind, um einen Ausgleich herbeizuführen. Aber wenn schon im Stadium der Erholung der Geldmarkt wieder eine unnatürliche Wertsteigerung zeigt, so gleicht diese Erscheinung einem Waifrost, der unter Umständen auf die Entwicklung der jungen Saaten hemmend und teilweise sogar vernichtend einwirken kann.

Es kommt aber auch ein anderes Moment hinzu, das eine Diskonterhöhung in jetziger Zeit unerfreulich erscheinen läßt. Verteuert sich der allgemeine Geldfuß, so läßt dies auf die in der Industrie, im Handel und im Gewerbe investierten Kapitalien entweder die Wirkung aus, daß sich eine Entwertung vollzieht, oder daß die Verzinsung höher wird. Aus verschiedenen Gründen ist nicht anzunehmen, daß das Kursniveau eine Einbuße erfährt, vielmehr wird das Bestreben dahin gehen, die Verzinsung der angelegten Kapitalien zu verbessern. Die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften vor allem wird in dieser

fonten. Katzfächig hat der Bauer von jeder feinen schlimmeren Feind als dem Junker. - Wenn diese Erkenntnis unter der bäuerlichen Bevölkerung allgemein Platz greift, so wird diese dem Junkertum ganz gewiß nicht mehr Gefolgshaft leisten.

Daß auch die Bauern über die neuen Steuern äußerst mißgestimmt sind, ist ganz natürlich. Werden sie doch davon genau so ungerecht und schwer betroffen, wie alle andern Kreise des werftätigen Volkes, das nunmehr den neuen Steuerlegen in seiner ganzen Fülle genießt. Wenn diese Nummer unseres Blattes zur Ausgabe gelangt, am 1. Oktober, werden die letzten der neuen Steuern, die Branntweinsteuer-Erhöhung, die Steuern auf Beleuchtungsmittel, die Streichholzsteuer und die Schiedstempelsteuer in Kraft getreten sein. Die Branntweinverbrauchsabgabe wird von der innerhalb des Kontingents hergestellten Alkoholmenge von 50 % auf 1,10%, für den außerhalb des Kontingents hergestellten Alkohol von 70 % auf 1,25 pro Liter erhöht. Der Einfuhrzoll für ausländische Fabrikate wird ebenfalls erhöht. Branntwein und Branntweinfabrikate, die sich am 1. Oktober im Besitz von Händlern befinden, sind mit 85 % pro Liter Alkohol nachzuvertheuern.

Die Steuer auf Beleuchtungsmittel trifft die Glühlampen zu Gasglühlampen mit 10 % das Stück, die Brennlampe zu elektrischen Gaslampen mit 60 % bis zu 1 für das Kilogramm. Für elektrische Glühlampen und Brenner ist die Steuersumme unterschieden nach der Wattstärke.

Die Zündwarensteuer beträgt für Zündhölzer und dergleichen, Zündfäden, aus Strohhalmen oder aus Pappe in Behältnissen 1 bis 1 1/2 %, für Zündstangen aus Stearin und Wachs in Schachteln für je 20 Stück 5 %.

Es werden in Zukunft nur noch Streichholzpakete zu zehn Schachteln hergestellt; jede Schachtel wird etwa 58 Hölzer enthalten, das Paket wird 28 bis 30 kosten. Für alle am 1. Oktober vorhandenen Vorräte tritt Nachversteuerung ein. Die Schiedsteuer belegt alle Schieds und Quittungen über Geldsummen, die aus Depositionen gebühren bezahlt werden, mit 10 % Steuer. Die Steuer trägt der Empfänger des Geldes oder Schieds. Postschieds und Schieds, die dem Wechselverkehr unterliegen, bleiben von der Steuer befreit. Als Schiedstempel werden Stempelmarken verwendet.

Die Arbeiterentlassungen in der Tabakindustrie als Folge des neuen Tabaksteuergesetzes dauern an. Die Zahl der entlassenen Arbeiter läßt sich noch nicht genau feststellen; sie beträgt aber nach unserer Schätzung jetzt schon weit über 12 000. Allein bei dem Hauptzollamt in Minden (Westfalen) sind bis Mitte September ungefähr 6000 Unterstützungsgeldempfänger arbeitslos Tabakarbeiter eingegangen. Aus all den Gegenden Deutschlands, wo die Tabakindustrie zu Hause ist, kommen Mitteilungen, daß zahlreiche Fabrikanten gezwungen sind, ihren Betrieb auf Wachen oder ganz einzustellen.

Die Frage der Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter aus dem zu diesem Zweck vom Reichstage ausgearbeiteten Betrag von vier Millionen Mark gestaltet sich immer kritischer. Es konnte von vornherein kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Betrag unzureichend ist. Von Seiten der Sozialdemokraten ist das im Reichstage seinerzeit nachdrücklich erklärt worden, als sie eine wirksame und zureichende Entschädigung für die brotlos werdenden Arbeiter forderten. Jetzt geht folgende Notiz durch die Presse:

„Der Reichskanzler hat dem Antrage eines Bundesstaates, ihm im voraus einen höheren Betrag zur Unterstützung arbeitslos gewordener Tabakarbeiter zu überweisen, als er nach der vorläufigen Regelung erhalten hat, nicht entsprochen und dies damit begründet, daß die Vertheilung von Mitteln durch das Reich ihre Begrenzung findet in der ausbrüchlichen Vorstufe des Gesetzes, wonach der Gesamtbeitrag der Ueberweisungen an die Einzelstaaten vier Millionen Mark nicht übersteigen soll, und in der Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches, die es unbedingt ausgeschlossen erscheinen läßt, etwa später im Wege der Aenderung des Gesetzes eine Erhöhung des genannten Gesamtbetrages einzutreten zu lassen.“

Da haben nun die Arbeiter den ihnen nach dem Antrag des Zentrums bescherten Unterstützungsbetrag. Den Sozialdemokraten gegenüber glaubten die Zentrumsredner im Reichstage behaupten zu dürfen, wenn die vier Millionen nicht ausreichen würden, so könnte diese Summe jederzeit erhöht werden. Das war, wie nunmehr aus den Erklärungen des Reichskanzlers selbst ersichtlich ist, nichts anderes als ein Beschwichtigungshymnus. Wägen die brotlosen Tabakarbeiter sich bei den Zentrumspolitikern bedanken? Gätte im Reichstage der sozialdemokratische Antrag Annahme gefunden, so würde eine für alle Entschädigung ausreichende Summe aus dem Ertrag der neuen Tabaksteuer zur Verfügung stehen.

Uebrigens werden viele Klagen darüber laut, daß die Entschädigungsansprüche den brotlosen Tabakarbeitern von Seiten der zuständigen Behörden eine sehr unangemessene,

two nicht rigorose Behandlung erfahren. Man sucht eben zu sparen an dem Vier-Millionen-Fonds, was irgend möglich ist. Die Entscheidungen werden nicht selten hingezogen, wochenlang müssen brotlose Tabakarbeiter auf die Auszahlung der Unterstützung warten. Darüber wird gelegentlich im Reichstage von Seiten der Sozialdemokraten noch ein ernstes Wort zu sprechen sein.

Ueber den Fortgang des Bierkrieges, den vornehmlich die organisierte Arbeiterschaft mit großer Entschiedenheit führt, ist aus allen Teilen des Reiches Günstiges zu berichten. An vielen Orten ist bereits ein Erfolg zu verzeichnen. Im Zusammenhang mit dem Bierkrieg gewinnt natürlich der vom sozialdemokratischen Parteitag beschlossene Branntweinboycott eine erhöhte Bedeutung. Dieser Boycott hat in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft und darüber hinaus geradezu begeisterte Aufnahme gefunden. Der Parteivorstand kündigt an, daß er den Parteiorganisationen Flugblätter, betreffend Branntweinboycott, übersenden werde. Regierung und reaktionäre Parteien werden erfahren, daß die Arbeiterschaft nicht mehr gewillt ist, sich feuerpolitisches, das Fell über die Ohren ziehen zu lassen. Sie sollen nicht auf ihre Rechnung kommen, mögen die Fußelbrenner, die ja zumeist jungerliche Großgärtner sind, ihr elendes „nationales“ Gift selber konsumieren und es zum Kiehlingsgetränk der „besseren und besten Gesellschaft“ machen. Die Arbeiterschaft hat diesen Herren lange genug den Schnapsseufzertribut gezollt auf Kosten ihrer wirtschaftlichen Existenz wie ihrer Gesundheit und Moral.

In der jetzigen ersten Zeit ist es überhaupt mehr als je Pflicht der ganzen Arbeiterklasse, sich unter festem Anschluß an die freien gewerkschaftlichen Genossenschaftverbände und an die sozialdemokratische Partei immer energischer gegen die ungerechte und unheilvolle Reaktionspolitik zu betätigen. Von Seiten der reaktionären Regierung und der ihr verbündeten Parteien hat die Arbeiterschaft nichts für die Wahrung ihrer berechtigten Interessen zu erwarten, sie ist für diese Faktoren von Gott und Rechts wegen nur dazu da; sich wirtschaftlich und steuerpolitisch bis zum äußersten ausbeuten zu lassen. Die ganze Wirtschaftspolitik des Reiches wie die Politik der maßgebenden Faktoren überhaupt richtet sich strikte gegen ihre Interessen. Das Sonderinteresse des Kapitalismus, der herrschenden Klassen, der Großgärtner und der Industriekönige dominiert. Dafür liegt wieder ein eklatanter Beweis in folgenden Tatsachen vor:

Der Entwurf der Reichsversicherungsbildung wird gegenwärtig von einem vom Bundesrat eingesetzten Revisionsausschuß einer Umgestaltung unterzogen. Der Ausschuß hat die vom Bundesrat gefaßten Beschlüsse in die Vorlage hineingearbeitet. Nach den Mitteilungen des Geheimrats Dr. Düttmann, eines Mitverfassers des Werkes, hat der Bundesrat der Vorlage „in ihren grundsätzlichen Bestimmungen zugestimmt“. Dagegen habe dieselbe in ihren Einzelheiten zum Teil „tief eingreifende Aenderungen“ erfahren. Jetzt teilt Professor Dr. Eiser-Somlo, der ebenfalls an der Ausarbeitung der Vorlage beteiligt war, mit, daß nach seinen früheren Informationen die Reichsversicherungsbildung auch in der Fassung, die sie im Bundesrat erhalten und in der sie auch an dem Reichstage gelangt wird, den Vorschlag der Halbierung der Stimmen in den Krankenkassenorganisationen und der Krankenversicherungsbeiträge enthalten wird. Die Regierung will es also wagen, eine neue, in ihren Folgen noch nicht abzufehende Entrechtung der Arbeiterschaft zu versuchen.

So beweist die Regierung wieder, daß ihre die Wünsche der Großkapitalisten Rücksicht und Befehl sind. Die gouvernementale Sozialreform ist entschlossen, die Wege weiter zu wandeln, die ihr das große Unternehmertum vorgezeichnet, ohne Rücksicht auf die Interessen von etwa 20 Millionen deutscher Arbeiter. Die berechtigten Forderungen dieser Masse werden grüßlich und rücksichtslos ignoriert. Und das muß für diese Masse ein Ansporn mehr sein, sich im Rahmen der freien gewerkschaftlichen Zentralverbände und der sozialdemokratischen Partei zusammenzuschließen und einer Macht, die instand ist, den reaktionären Gewalten und Parteien erfolgreich ein „Bis-hierher und nicht weiter!“ anzurufen.

### Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen. Sperrten, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

#### Deutschland:

##### Maurer:

###### Schleswig-Holstein:

Düchelsdorf (Sperrte über Schmidt in Kasdorf), Oldesloe (Sperrte über Meyer aus Segeberg), Ohlstedt (Sperrte über Barkmann in Wiemerskamp), Eutin (Sperrte über den Bau des Wasserturms, Firma Liebold & Co.);

#### Mecklenburg:

Sülze (Sperrte über Holdorf);

#### Brandenburg:

Bad Schönflüss (Aussperrung), Fürstenwalde (Sperrte über Pätel bei den Arbeiten der Firma Pintsch), Michendorf i. d. M. (Sperrte über August Klose), Königswusterhausen (Sperrte über Gräsdorf aus Beeskow), Berlin (Differenzen im Putzergewerbe);

#### Pommern:

Swinemünde (Sperrte über den Kirchenbau in Ostswine), Greifenhagen (Massregelung bei Beeremann), Wolgast (Sperrte über Peters in Lümannsdorf), Bergen a. R. (Sperrte über Rudolf Wahl in Binz), Treptow a. d. Rega (Sperrte über Paul Witke), Stettin (Differenzen bei der Zementbaufirma „Comet“), Stolp (Sperrte über Neumann), Stralsund (Differenzen bei dem Stettiner Unternehmer le Couve);

#### Ost- und Westpreussen, Posen:

Rawitsch (Differenzen);

#### Königr. Sachsen:

Leipzig (Sperrte über Winkler, Steinstrasse), Mülsen (Sperrten über E. Meier, Ortmanndorf und F. Döhn, Mülsen-St. Niklas), Borsdorf (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Panitzsch), Zittau (Sperrte über Hinke in Weigsdorf), Oberriedersdorf (Sperrte über den Unternehmer Clemens), Oderwitz (Sperrte über die Bauten des Unternehmers Krüsing), Neustadt (Sperrte über Anton in Langburkersdorf), Dresden (Sperrte über Symank), Aue (Sperrte über Lein), Frankenberg (Sperrte über Schulze);

#### Provinz Sachsen und Anhalt:

Halle (Sperrte über Ifland in Passendorf), Weissensfeld (Sperrte über die Unternehmer Menzel und Schiedt), Schkeuditz (Sperrte über Reiwand), Coswig (Differenzen);

#### Schlesien:

Landeshut (Streik), Bunzlau (Sperrte über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.);

#### Thüringen:

Tambach (Streiks), Arnstadt (Sperrte über O. Gressler);

#### Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen:

Badbergen, Lingen, Walsrode, Neuhaus a. d. E. (Streiks), Nordenham (Sperrte über die Bauten des Metallwerks), Bremen (Sperrte über Müller in der Erlenstrasse und über Kiefer aus Duisburg, Bau in Oslobshausen);

#### Westfalen und Rheinland:

Viersen, Hilden (Streiks), Minden (Sperrten über Alkman in Oberrkirchen, Wischofer in Kutenhausen, Röckemann & Korte in Toddenhausen), Düsseldorf (Streik in Rntingen, Sperrte über Riese), Ayrath (Sperrte über den Bau der Langenheilanstalt), Oberhausen (Sperrte über den Neubau der Herz-Jesu-Kirche, Unternehmer Reifenscheidt);

#### Hessen-Waldeck:

Bad Soden (Sperrte über den Unternehmer Christian), Büttelborn (Sperrte über Kuhlmann und Kraus), Hersfeld (Sperrte über Tomporz), Darmstadt-Reinheim, Ueberan (Sperrte über Gg. Ph. Petri IV), Frankfurt a. M. (Sperrten über die Betonbaufirma Ermold in Offenbach, die Arbeiten der Betonbaufirma Ranke am Gaswerk in Hanau, über Noss in Rödelheim und Herzberger in Bonames), Witzhausen (Sperrte über die Firma Ed. Holzappel aus Eschwege in Wendershausen); Alzey (Sperrte über Franz Schmitt);

#### Bayern:

Rehan (Streik);

#### Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Hockenheim (Sperrte über Riehl), Zabern-Lützelburg (Sperrte über Holzmann & Co., Tunnelbau), Metz (Sperrte über Couder);

#### Friesenleger:

Berlin (gesperrt sind die Bauten folgender Subunternehmer: Hamdorf, Meyer, Gronski & Beiersdorf, Döschler bei Rosenfeld, Wolf & Bielefeld bei Villoroy & Boch), Cöln und Düsseldorf (Sperrte über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurbaum aus Bonn), Mülheim-Ruhr (Sperrte über Möhlenbruck & Matheis), Goblentz (Sperrte über Caspar);

#### Isolierer und Steinhölzler:

Hamburg (Aussperrung), Berlin (Sperrte über die Filiale der Gesellschaft „Fama“), Chemnitz (Sperrte über Ziegenor & Fritsche), Cöln (Sperrte über die Korkelithwerke), Bremen (Sperrte über die Filiale der Firma Reinhold & Co.).

#### Oesterreich:

Komotau (Streiks).

#### Schweiz:

Winterthur (Streik), Bern (Differenzen).

#### Norwegen:

Kristiana (für Backofenmaurer gesperrt).

Ueber den Arbeitsnachweis der Unternehmer in Senn haben unsre dortigen Kollegen den Boycott verhängt.



Abrechnung des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands für das zweite Quartal 1909.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Einnahme in den Zweigvereinen' and 'Ausgabe in den Zweigvereinen'.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Einnahme in der Hauptkassa' and 'Ausgabe in der Hauptkassa'.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Kassenbestand am 31. März 1909' and 'Kassenbestand am 30. September 1909'.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'sonstige Druckarbeiten' and 'sonstige Buchbinderarbeiten'.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'persönliche Verwaltung' and 'Bilanz'.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Einnahme' and 'Ausgabe'.

Gamburg, den 26. September 1909. S. Küster, Kassierer. Vorstehender Rechnungsabschluss ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden.

Weitere Agitationsveranstaltungen. Gau Erfurt.

Table with 2 columns: Date and Location. Lists dates from Oct 3 to Oct 16 and locations like Greunburg, Kelbra, Friedrichsroda, Leutenberg, Gräfentonna, Gerbölleben.

Samstag, den 17. Oktober. Gaiurode nachm. 2 1/2 Uhr. Blaufenhain 2 1/2 Uhr. Meiningen 3 Uhr. Sonntag, den 19. Oktober. Timenau abends 6 Uhr. Der Gausvorstand. S. M.: Joh. Schent.

Berichte. (Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Vorläufiges Ergebnis der Arbeitslosgählung im Zentralverband der Maurer Deutschlands.

3 Ähltag: Sonnabend, den 28. August 1909.

Table with 6 columns: Landesteil, Mitglieber, Befragten, Anzahl in Arbeit, Arbeitslos infolge Mangel an Aufträgen, Arbeitslos infolge Krankheit. Lists various states like Brandenburg, Posen, Ost- und Westpreußen, etc.

Von den Befragten fanden am Ähltage in Arbeit 93,85 pZt., arbeitslos waren insgesamt 6,15 pZt., davon wegen Arbeitsmangel 3,78 pZt., wegen Krankheitsberührung 0,14 pZt. und erwerbsunfähig wegen Krankheit 2,23 pZt. 128 Zweigvereine haben trotz Wahlung die Verichtsbogen nicht eingeleant.

Berlin. Die Sektion der Gips- und Zementbranche hielt am 15. und 17. September zwei Branchenversammlungen ab, in denen der Sektionsvorsitzende Otto Gaese über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gips- und Betonbaugewerbe Groß-Berlins sprach. Die Versammlung der im Betonbaugewerbe beschäftigten Rementierere, Einholer und Hilfsarbeiter tagte am 15. September bei Jannasch, Inselstr. 10. Einleitend verwies Kollege Gaese darauf, daß am 31. März 1910 der Tarifvertrag für das Betonbaugewerbe abläuft. Wenn es nicht zu einer Einigung über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages komme, dann sei zu erwarten, daß die Unternehmer eine allgemeine Ausperrung vornehmen, von der auch die Gips- und Betonarbeiter betroffen würden; daher müßten wir zu diesem Kampfe bereit sein. Am 31. März 1910 seien es vier Jahre, daß für die im Gips- und Betonbaugewerbe beschäftigten Arbeiter keine Lohnerhöhung Platz gegriffen habe. Die jetzt bestehenden Löhne seien unzureichend, höchstens 40 Wochen im Jahre könnten die Arbeiter des Baugewerbes auf Beschäftigung rechnen, wodurch das Jahreskommen bedeutend zurückgehe. Die notwendigen Lebensmittel und Bekleidungsartikel seien seit Jahren in Preise stark gestiegen und die Steuerverhältnisse vom Jahre 1909 belasten die Ausgaben des Arbeiters noch bedeutend mehr, so daß bei den nächsten Tarifverhandlungen unbedingt an eine Aufbesserung des Lohnes gedacht werden müsse. Eingehend behandelte Redner hierauf die in Berliner Betonbaugewerbe seit 1895 gezahlten Stundenlöhne. In nachstehender Tabelle ist die Steigerung der Löhne seit dem Jahre 1895 bis 1906, sowie der im Jahre 1908 und 1909 gezahlte Durchschnittslohn zu ersehen.

Table with 10 columns: Year (1895, 1900, 1905, 1906, 1908, 1909), Profession (Rementierere, Einholer, Hilfsarbeiter I, Hilfsarbeiter II), and Average Hourly Wage (Durchschnittslohn). Shows wage increases over time.

Die neunstündige Arbeitszeit wird in sehr vielen Fällen durch Ueberstunden illusorisch gemacht, besonders durch die Hilfsarbeiter und Rementierere. Diese Kollegen glauben durch

Leistung von Ueberstunden ihr Einkommen zu erhöhen, ohne zu bedenken, daß sie sich durch ihre Handlungsweise selbst am meisten schädigen. Am wenigsten wird seitens der Kollegen auf die Arbeiterentscheidungen acht gegeben. Mit der Ausdehnung des Eisenbetonbaues muß der Klüftung- und Abdeckungsfrage unbedingt mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden. Oft kann man auf den Bauten beobachten, daß insbesondere die Einholer bei ihrer schweren Arbeit nicht die ihr Leben bedrohenden Gefahren beachten. Ein andres Uebel, das ebenfalls eng mit dem Bauarbeiterstand zusammenhängt, ist das leidige Alkoholwesen, das sich in den letzten Jahren auf den größten aus Eisenbeton hergestellten Bauten herausgebildet hat und das nicht scharf genug verurteilt werden kann. Gleich neben der Raubde befindet sich in der Regel der Raum für den Dudiker oder Einholer, der dort den Vertrieb von Bier und Schnaps besorgt und auch den Kollegen kredittiert, so daß mancher Arbeiter, veranlaßt durch diese Pumpwirtschaft, am Wochenschluß weit über seine sonstigen Ausgaben für Bier und Schnaps an den Einholer zu zahlen hat. Die Betriebsmittel werden dem Einholer in den meisten Fällen durch den Polier oder durch einen in der Nähe des Baues wohnenden Restaurateur zur Verfügung gestellt. Hiergegen Front zu machen und dafür zu sorgen, daß entsprechend dem Beschluß des Parteitag in Leipzig der Alkohol von der Baustelle verbannt wird, muß Aufgabe der Kollegen sein. Alle diese Dinge sind von großer Wichtigkeit für die fernere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gewerbe. Daher müssen es die Kollegen als ihre erste Pflicht betrachten, die kurze Zeit bis zum Ablauf des Tarifvertrages auszunutzen und für die Stärkung der Organisation zu agitieren. Bei der zurzeit im Betongewerbe herrschenden guten Konjunktur muß jeder Arbeiter unbedingt auf die strikte Zahlung der bestehenden Tariflöhne und auf die Innehaltung der übrigen Vertragsbestimmungen achten. Obwohl die Zahl der organisierten Arbeiter im Betonbaugewerbe bereits eine bedeutende Steigerung erfahren hat, kann sie uns doch keineswegs befriedigen, da die Zahl der unorganisierten Arbeiter in der Branche noch immer groß ist. Sei deshalb jeder Kollege auf der Baustelle ein Agitator, damit es uns bis zum Schluß des Jahres gelingt, alle organisationsfähigen Arbeiter als Mitglieder für unsere Sektion zu gewinnen. Zum Schluß vorbereitete Redner der Versammlung eine Resolution, in der alle Kollegen aufgefordert werden, in der kommenden Zeit im Sinne der gemachten Ausführungen zu arbeiten. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Die in der Gipsbaubranche arbeitenden Einschaltwand- und Rählpuffer, Träger und Rählpanner tagten am 17. September im großen Saale des Gewerkschaftshauses, 31. März 1910 ab. Bis zum 1. Oktober 1908 hatten beide Branchen einen gemeinsamen Tarifvertrag. Wie die Löhne für diese Branche sich seit 1895 gestaltet haben, ist aus folgender Tabelle zu ersehen.

Table with 10 columns: Year (1895, 1900, 1905, 1906, 1908, 1909), Profession (Rählpuffer, Rählpanner, Einschaltwandpuffer, Einschaltwandträger, Rählpanner), and Average Hourly Wage (Stundenlöhne). Shows wage trends for different professions.

Die Einschaltwände wurden erst 1901 in Berlin eingeführt.

Die im Tarifvertrag festgesetzten Löhne werden in der Gipsbaubranche mit wenigen Ausnahmen gezahlt. Ein großer Uebelstand auf den Baustellen ist die Arbeitsweise. Unter Ausnutzung der seit dem Jahre 1907 herrschenden schlechten Arbeitsgelegenheit haben es die Unternehmer verstanden, die Akkordarbeit im Gewerbe einzuführen und dort, wo in Lohn gearbeitet wird, die Arbeitsleistung bedeutend zu steigern. Ohne Rücksicht auf die Gesundheit wird selbst von organisierten Kollegen in einer Weise gearbeitet, daß man dies nicht scharf genug verurteilen kann. Für 5 1/2 mehr Lohn pro Stunde geben sich Kollegen auf der Baustelle zu Untereibern her, und wer nicht die genügende Zahl von Quadratmeter herstellt, kann darauf rechnen, daß er nicht nur vom Unternehmer, sondern selbst von diesen Ausschlägen auf Straßensplafette geworfen wird. Wenn diese Ghrenndämmer noch ein bißchen Verstand und Moral besäßen, müßten sie zur Einsicht kommen, daß sie mit ihrer Handlungsweise sich selbst und auch die Kollegenschaft schwer schädigen. Im Jahre 1905 kalkulierten die Unternehmer noch mit 65 bis 75 1/2 für das Quadratmeter Einschaltwandpuffer, heute werden für diese Arbeit 50 1/2 bis 60 1/2 bezahlt. Für ein Quadratmeter Rählpandmeter betrug 1905 der Arbeitslohn noch 60 bis 70 1/2, dagegen übernehmen die Kollegen heute die Arbeit für 50 bis 55 1/2. Das gleiche Verhältnis trifft auf die Rählpanner zu. 1905 zahlte der Unternehmer für das Spannen von Rählpandmeter 20 bis 25 1/2; heute wird das Quadratmeter für 10 bis 15 1/2 hergestellt. Um nun bei diesen Ghrenndämmer den Lohn zu verdienen und eventuell noch einen Ueberzuschuß zu erzielen, wird wie wahnsinnig darauflos gearbeitet. Bei mehreren Firmen übernehmen die Subunternehmer die ganze Arbeit in Akkord und lassen die Puffer und Träger sich schäufeln. Ohne sich die Finger naß zu machen, stecken diese Elemente den Ueberzuschuß in ihre Taschen. Leider finden sich immer noch Kollegen, die sich von dieser Sorte Menschen ausbeuten lassen. Andere Unternehmer vergeben die Arbeit in Akkord, ohne den verbleibenden Ueberzuschuß an die Akkordanten auszugeben. Und dies alles lassen sich die Kollegen gefallen, ohne dagegen zu murren. Der benachteiligte bei all diesen Praktiken ist der Träger. Er kommt er durch seine intensive Tätigkeit mit dazu beiträgt, daß die Arbeit billiger hergestellt wird, erhält er in den meisten Fällen vom Akkordzuschuß wenig oder gar nichts. Von der Innehaltung der achtstündigen Arbeitszeit ist in den meisten Fällen überhaupt keine Rede. Die Arbeitszeit wird verlängert und die Mittagspause gekürzt. Oft wird kurz vor Feierabend noch ein Kubikmeter Inhabt fassender Kasten Gipsmörtel eingetrifft. Nacht

dann jemand an Feierabend, dann dient den Kollegen zur Ausrede, daß doch erst der Inhalt des Kastens verarbeitet werden müsse. Ist dann mit der letzten Kraftanstrengung der Kasten leergearbeitet, dann geht man, nach wie aus dem Wasser geflossen, in die nach allen Seiten offene Baubude und kleidet sich um. Daß bei diesem Arbeitssystem keine Zeit vorhanden ist, um eine dem Verträge entsprechende Baubude zu bauen, ist ohne weiteres klar. Daher spotteten die Baudenverhältnisse auf den Bauten jeder Beschäftigung. Auf 227 bei der Bautenkontrolle aufgefundenen Arbeitsstellen waren 124 Baubuden nicht in Ordnung oder es waren gar keine vorhanden. Unter diesen Verhältnissen leiden nun nicht allein Kollegen, die auf den Bauten und beim Unternehmer stets für bessere Verhältnisse eintreten, sondern auch alle andern Kollegen sind mit den Verhältnissen, wie sie jetzt auf den Arbeitsstellen herrschen, unzufrieden. Mit der Steigerung der Konjunktur im Gipsbaugewerbe ist nun die Zeit wieder gekommen, wo ein ernstes Wort mit den unorganisierten Kollegen gesprochen werden muß, damit sich diese wieder der Organisation anschließen und vereint mit den Kollegen für Abschaffung dieser Mißstände eintreten. Durch eine anderthalb Tage dauernde Sperre über die Firma S. Nimg Nachfolger, Adolf Widdhagen, ist es gelungen, die bei dieser Firma herrschenden Mißstände zu beseitigen, und es bleibt nichts weiter übrig, als auch bei den andern Unternehmern in der gleichen Weise für Abhilfe zu sorgen. Der Gleichgültigkeit der Kollegen gegenüber diesen unhaltbaren Zuständen muß ein Ziel gesetzt werden. Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird immer härter, und es muß wenigstens jetzt ein jeder organisierte Arbeiter als Ehrenpflicht betrachten, für die Verbesserung der bestehenden Arbeitsverhältnisse auf den Bauten und in erster Linie für die Lohnarbeit eintreten und für die Stärkung der Organisation zu agitieren. Nur so wird es möglich sein, beim Ablauf des Vertrages die notwendige Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen; denn jeder im Beruf beschäftigte Kollege wird sich sagen müssen, daß nur durch die Organisation die Lebenslage der Arbeiter verbessert werden kann. Eine im Sinne des Vortrages verfaßte Resolution fand nach kurzer Diskussion einstimmige Annahme.

**Bredlau.** In der am 7. September abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Kollege Hüller einen Vortrag über die diesjährigen Kämpfe im Baugewerbe und die Taktik der Unternehmer. In ausführlicher Weise schilderte er insbesondere den Hamburger Kampf, wobei er von den Hamburger Kollegen sagte, sie hätten sich so gut geschlagen, daß die Schlappe von Berlin wieder ausgemerkt sei. Weiter gestellte er das Verhalten der Facharbeiter in Oberschlesien. Am Schluß seines Vortrages forderte der Redner die Kollegen auf, dafür zu sorgen, daß unter den Kollegen auf den Bauten ein besserer Geist einziehe, wobei er auf die gewaltigen uns bevorstehenden Kämpfe hinwies. Hierauf verlas Kollege Jänische die Abrechnung vom Sommernachtskämpfen. Einer Einnahme von M 110 85 steht eine Ausgabe von M 98,75 gegenüber, so daß ein Ueberschuß von M 11,60 verbleibt. Hierauf erstattete Kollege Bachmann Bericht über die am 22. August abgehaltene Bauarbeiter-Schulungsferenz für Schläfen und Böden, über die schon in Nr. 36 des „Grundstein“ ausführlich berichtet wurde. Unter „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende der Sektion der Fliesenleger bekannt, daß mehrere Maurer Solidarität berichtigten. Er ersuchte die Anwesenden um Solidarität für die kämpfenden Fliesenleger. Die Zeitung des am 7. Oktober stattfindenden Sitzungsfestes wurde dem Vorstand übertragen.

**Königsberg.** Befanlich gelang es uns in diesem Jahre, die Kollegen im Saalfelder Kreise zu organisieren und die ganz miserablen Lohn- und Arbeitsbedingungen bedeutend zu verbessern. Durch Firmenpatronen gelang es, die Arbeitszeit von 12 bis 13 Stunden auf 11 Stunden zu reduzieren und den Lohn von M 2,80 bis 3,50 pro Tag auf 42 3/4 pro Stunde zu erhöhen und tariflich festzulegen. Die Bauunternehmer sind darüber natürlich empört und flachen die Behörden zur Vernichtung unserer Organisation an. Diese sind denn auch nicht müde gewesen, sondern bereitwillig den Unternehmern zu Hilfe gekommen. Ist C e r s o a l d e hatte sich ein Gastwirt schriftlich verpflichtet, uns sein Lokal jederzeit zur Verfügung zu stellen. Als wir am 19. September wieder eine Versammlung abhalten wollten, erklärte der Wirt, er halte den Druck von seiten der Behörde nicht aus und könne uns sein Lokal nicht mehr zur Verfügung stellen. Mit dieser Selbentat glaubte man wohl unsere Bewegung schaden zu können, aber das Gegenteil trat ein. Die Versammlung wurde in der Wohnung eines unserer Kollegen eröffnet und nach dem anschließenden Garten verlegt. Hier konnte Kollege Krieze ungehindert das behandeln, was er beabsichtigt hatte. Gleichzeitig konnte er den Kollegen über die Saalabtreiber und deren Zweck die Augen öffnen, so daß diese nunmehr von der „Unparteilichkeit“ der Behörde vollständig überzeugt sind. Gelobt haben sie, die Organisation um so fester auszubauen, um allen Kämpfen gewachsen zu sein. Daß sie es mit ihrer Sache ernst meinen, beweist, daß von circa 60 anwesenden Kollegen einstimmig beschlossen wurde, bei dem betreffenden Wirt nicht mehr zu verkehren und auch sonst nichts von ihm zu kaufen, was für den Wirt eines reinen Handwerkerdorfes recht fühlbar werden dürfte. Am andern Tage hat nun wohl der Herr Unvorsichtiger, Gensdarm, Nachwächter oder sonst ein Beamter erfahren, daß die Versammlung doch stattgefunden hatte. Dies sollte aber sogleich geordnet werden. Der Königsberger Polizeibehörde wurde mitgeteilt, daß sich Krieze des Landfriedensbruchs schuldig gemacht habe. Man muß auch die sofortige Verhaftung des Sünderes verlangen haben, denn telephonisch wurde Kollege Krieze von der Königsberger Kriminalpolizei mitgeteilt, daß sie den Auftrag habe, ihn wegen Landfriedensbruchs zu verhaften. Die Sache muß der Polizei aber doch nicht ganz geheuer gewesen sein, denn nachdem Krieze dem betreffenden Beamten mitgeteilt hatte, was es mit dem Landfriedensbruch auf sich habe, erklärte dieser, dann werde er nochmals mit seinem Chef darüber sprechen. Kollege Krieze ist nun immer noch nicht verhaftet und wird wohl auch nicht verhaftet werden. Der Fall beweist aber, wie schlecht manche Behörden heute noch über das Vereinsgesetz informiert sind.

**Neugersdorf.** Am 19. September fand im „Aufbaum“ eine Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins

statt, in der unser Kollege S. Müller einen Vortrag über alte chinesische Kultur und Geschichte hielt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Verschmelzung mit den Bauarbeitern, referierte der Gauleiter Kupke. Er wies auf die Notwendigkeit einer Verschmelzung hin angesichts der 1910 drohenden wirtschaftlichen Kämpfe im Baugewerbe. In der Diskussion über diesen Punkt traten etliche Redner gegen die im neuen Statut vorgesehene Vertragserhebung auf. Die Verwaltung wurde mit diesbezüglichen Änderungsanträgen beauftragt. Ueber die Verschmelzung der Zweigvereine bezw. Anstellung eines Beamten entspann sich eine längere Debatte. Es wurde zwar die Notwendigkeit einer Verschmelzung anerkannt, aber es entstanden Meinungsverschiedenheiten über die Ausbringung der nötigen Ausgaben. Zum Punkt „Gehaltsvergütung“ wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die dieses arrangieren soll. Nach Erledigung einiger beruflicher Fragen, wobei der Vorsitzende u. a. vor dem Arbeiter Einmütigkeit warnte, wurde die nur vom vierten Teil der Mitglieder besuchte Versammlung geschlossen.

**Arbeitslos.** Am 5. September fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in der von 56 Mitgliedern wieder nur elf erschienen waren. Schon mehrfach mußten wichtige Angelegenheiten wegen schlechten Versammlungsbesuches zurückgestellt werden. Wenn man dann auf einen guten Versammlungsbesuch hoffte, kamen das nächste Mal noch weniger. Nun meinen manche Kollegen, wenn in jeder Versammlung zehn Kollegen anwesend seien, könnten immer Beschlüsse gefaßt werden. Sie vergessen nur, daß sich dann meistens die 46 fehlenden Kollegen zu Hause und auf den Arbeitsplätzen gegen die gefaßten Beschlüsse auflehnen. Der Vorsitzende bekommt oft Sachen vom Gau- und Gauborstand zur Erledigung zugeschickt, die er dann vergebens mit zur Versammlung schleppt. Warum? Weil nicht genügend Kollegen anwesend sind, um die Sache endgültig beschließen zu können. Deshalb haben so viele Kollegen kein Interesse für den Verband? Vielleicht weil sie sich bei 40 3/4 Stundenlohn sehr wohl fühlen? Ein Mißstand ist es auch, daß manche Kollegen auf eine sachliche Kritik mit persönlichen Angriffen antworten, wodurch vielen Kollegen der Versammlungsbesuch vollends verleidet wird. Wenn dies so weiter geht, wird es uns kaum möglich sein, vorwärts zu kommen. Organisiert sein, heißt vorwärts streben, und zwar einer für alle und alle für einen. Darum Kollegen: aufgerafft und hinein in die Versammlungen, wo jeder seine Meinung frei zum Ausdruck bringen kann. Hintweg mit allen persönlichen Tendenz! Nur dann wird es möglich sein, auf dem Gebiete der Organisation Fortschritte zu machen. Einigkeit macht stark! Wir hoffen, daß zu der Agitationsversammlung am 3. Oktober alle Kollegen erscheinen werden.

**Verbau.** Am 22. September fand in der „Feuertugel“ unsere mächtig besuchte Monatsversammlung statt. Nachdem der Kartellbericht erstattet war, verlas der Kassierer die Abrechnung vom letzten Vergnügen, das einen Ueberschuß von M 13,82 einbrachte. Hierauf entspann sich eine lebhafte Debatte zu dem seit acht Tagen bestehenden Bierboycott, über den der anwesende zweite Vorsitzende vom Kartell ein kleines Referat hielt. Es wurde jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, streng nach dem Beschlusse zu verfahren. Dann wurde der Antrag gestellt, drei Kollegen, die in Alford gepußt haben, auszuschließen. Diese Sache soll in der nächsten Versammlung, zu der die Kollegen nochmals geladen werden, erlerigt werden. Bei „Verschiedenes“ wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeiterpresse bei vielen Kollegen noch nicht Eingang gefunden hat. Eine üble Angewohnheit ist das von der Mehrzahl der Kollegen beliebte Verlassen des Versammlungsortes, ehe die Versammlung zu Ende ist. Soffentlich wird das in Zukunft anders werden.

**Wurzen.** In der am 14. September im „Schützenhaufe“ abgehaltenen Versammlung wurde zunächst das Anleben der Kollegen Heller und Ostfinge in der üblichen Weise geehrt. Es entspann sich dann eine lange Debatte über die Meisterfrage, wobei auch auf den Artikel im „Grundstein“ Bezug genommen wurde. Kollege Jahnke gab der Ansicht Ausdruck, daß dieser Artikel „zu revisionistisch“ gehalten sei. Ein bestimmter Beschluß wurde aber nicht gefaßt, da man erst die Stellungnahme des Parteirates abwarten wollte. Die Versammlung nahm dann eine von den Vorständen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter gefaßte Resolution gegen die Ueberstundenarbeit zur Kenntnis, in der gesagt wird: Die Zustände auf den Bauten mehrerer Unternehmern im Wurzenor Lohngebiet sind dergestalt, daß die betreffenden Organisationen gestungen sind, einzugreifen, um sich nicht die verkürzte Arbeitszeit durch vorübergehende Unternehmer wieder nehmen zu lassen. Die Vorstände der drei Verbände beschließen daher einstimmig, die Bauten derjenigen Unternehmer, die nicht die durch den Arbeitsvertrag festgesetzte Arbeitszeit einhalten, für die organisierten Bauarbeiter zu sperren und, soweit es möglich ist, die Mißstände durch gültige Verhandlungen zu regeln. — Für den Landtagswahlkampf beauftragte die Versammlung M 20 aus der Lokalfaxe.

**Zeitz.** Am 18. September fand die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Genosse Bindau hielt ein mit Beifall aufgenommenes Referat über die neue Reichsversicherungsordnung. Eine scharfe Debatte entspann sich über die Bierfrage und über das Verhalten der Kollegen am Neubau Aachter; dort wird Bier vom Maurerpolier Wind zu erhöhten Preisen verköpft. In der Debatte wurde die Sache dahin geklärt, daß der größte Teil des Bieres von den Fabrikarbeitern der Firma Aachter konsumiert wird. Ein anderer Polier am selben Bau hat aber berichtet, das Getränke von Raffee zu verbieten mit der Begründung: „Es ist Bier auf dem Bau.“ Diese Forderung des Bierkonsums und das damit Hand in Hand gehende Trachten wurden aufs härteste zurückgewiesen. Weiter kam die Arbeitseinstellung der Kollegen am Neubau der Mubelfabrik, die vom Maurermeister Fritzsche ausgeführt wird, zur Sprache. Dort stellte sich am 11. September eine Kolonne von Frauen des Arbeitshauses Moritzburg ein, um Ausschachtungsarbeiten auszuführen. Die schon vorher dort beschäftigten Erdbarbeiter verweigerten das Zusammenarbeiten mit diesen Leuten und legten die Arbeit nieder, dem sich später die Maurer anschlossen. Der Unternehmer Fritzsche wollte aus diesem Vorgang einen

Streit konstruieren und er entließ alle „Streitenden“. Der Unternehmerverband verlangte sogar von unserm Zweigverein die Unterlegung einer Kaution von M 300, die der Klasse des Unternehmerverbandes verfallen sollte, wenn nämlich Differenzen vorlämen. Dies Ansuchen wurde natürlich geäußert zurückgewiesen. Wir sehen weiteren Maßnahmen des Unternehmerverbandes mit Miße entgegen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der fast besuchten Versammlung.

**Zoppot.** In der am 19. September abgehaltenen Mitgliederversammlung berichtete der Zweigvereinsvorstand zunächst über die Lohnbewegung. Befanlich arbeiten die Zoppoter Kollegen seit einem halben Jahre ohne Tarif. Jetzt, wo hier mehr Arbeit ist, wollen die Unternehmer einen Tarif haben, und in der östlichen Zentrale der Christlichen ist nicht leichter als das. Bei Beginn der Verhandlungen im Frühjahr wurde zwar beschloffen, gemeinschaftlich zu verhandeln, aber jetzt, wo die Stellung der Christlichen hier ziemlich erschüttert ist, geht der christliche Gewerkschaftssekretär Müller hin und ist mit allem, was die Unternehmer bieten, einverstanden, falls eine Versammlung ab fährt nach Danzig zurück und schreibt unserm Zweigvereinsvorstand einen Brief, in dem er mitteilt: Wir haben getan, was die Unternehmer wollten; wenn Ihr wollt, dann kommt auch. Kollege Grünhagen legte in längerer Rede die Nachteile und Vorteile bei der Anerkennung des Tariffs auseinander. In der Diskussion rieten die Kollegen Stobbe und Kartmann, dem Tarif zuzustimmen, was auch gegen zwei Stimmen geschah. Der Tarif beläuft es bis zum 1. April 1910 beim alten Lohn von 53 3/4, von da bis 1. April 1911 gibt es 54 3/4. Dann wurde der Kollege Meißner mit M 5 Strafe bestraft, weil er trotz ausdrücklichem Verbot des Vorstandes mit einigen Gesinnungsgenossen nach Neustadt i. B. fuhr, wo die Christlichen im Streik standen. Nach einigen Tagen sah er das schmachliche seiner Handlungsweise ein und dampfte wieder ab. Der Vorstand hatte für dieses Verhalten den Ausschluß des R. beantragt; in Anbetracht der langjährigen Mitgliedschaft ließ es aber die Versammlung bei obiger Strafe benennen. Der christliche Gewerkschaftssekretär Müller soll zu Meißnerskunft gekommen sein und da ausgeprochen wird, kauft Du sofort mit vollen Rechten zu uns überzutreten. Trotzdem können sich die „Christen“ über das Verhalten unseres Kollegen nicht beruhigen. In Punkt „Verschiedenes“ gab Kollege Grünhagen noch die Sünden der christlichen Gewerkschaftsführer im Reichstage auf. Nachdem dann noch ein christlicher Terrorismusfall zur Sprache gebracht worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

**Fliesenleger.**

**Dresden.** Wir erhielten folgendes Schreiben: In der Nr. 38 des „Grundstein“ wird den Mitgliedern der Freien Vereinigung Vertragsbruch vorgeworfen. Wir eruchen die Redaktion um Aufnahme folgender Berichtigung: Es ist nicht wahr, daß die Firma Soral ihren Leuten in Coswig M. 3 für Wandfliesen, sondern den Tarif von M 3,50 pro Quadratmeter bezahlte. Der Beweis hierüber ist durch Einsicht in die Lohnbücher erbracht worden; auch ist von seiten der Freien Vereinigung dem abgebrochenen Verträge bis zur Stunde voll und ganz Rechnung getragen worden. Für die Freie Vereinigung der Fliesenleger Dresdens, J. A. Oswald Jentsch, Verberstr. 27, 2. Etage.

**Düsseldorf.** In Nr. 37 der „Einigkeit“ beschäftigte sich der Vorkämpfer der Freien Vereinigung, Windhoff, in einem längeren Artikel mit unserer Sektion. Angetan hat's ihm der Volkshausneubau. Das Volkshaus wird zum Teil von dem Gelde der Organisationen gebaut; mehrere Kollegen von uns haben ihr Teil zum Gelingen des Hauses mit beigetragen, indem sie Obligationen nahmen. Die Gewerkschaften zahlen allmählich einen Beitrag, um so das nötige Geld aufzubringen. Bei Vergütung der Arbeiter hat der Aufsichtsrat der Unternehmern zur Pflicht gemacht, nach Möglichkeit in den Zentralverbänden organisierte Arbeiter zu beschäftigen. Dies paßt unserm Freund Karl natürlich nicht, obgleich das alte Haus und wahrscheinlich auch das neue von den Freien Vereinigungsmenschen gewissermaßen boykottiert wird. Weiter behauptet Windhoff, die am Bau beschäftigten Betonarbeiter und Maurer hätten dafür gesorgt, daß einem dort einige Tage beschäftigten Mitglied der Freien Vereinigung 3 1/2 Lohnabgang gemacht worden sei. Eine derartige Niederträchtigkeit, sollte man glauben, würde Windhoff uns auf keinen Fall zutrauen, wenn er sich nicht selber dazu fähig hielte. Unse Mitglieder sind vollständig ungeschuldig an dem Lohnabgang; es wurde auch nicht allein der totalistische Zimmerer davon betroffen, sondern auch alle übrigen am Bau beschäftigten Zimmerer mußten sich mit 62 1/2 Stundenlohn begnügen, da für jetzt einige Schalungsarbeiten machten und der Tarif einen höheren Lohn hierfür nicht vorsieht. Um zu beweisen, daß wir unrecht haben, indem wir die Meinung anderer nicht gelten lassen und sie an unserm Hause von der Arbeit ausschließen, beruft sich Windhoff darauf, daß auch an Staatsbauten, Kirchen, Kasernen usw. alle Arbeiter beschäftigt werden, ganz gleich welcher Genossenschaft sie angehören. Dieser Vergleich hilft jedoch gewaltig und auch unser Karl weiß, daß a l l e Arbeiter zur Erhaltung des Staates beitragen müssen. Man fragt die Arbeiter nicht, ob sie Freude an dem für die bestehende Klasse bestehenden Militär haben, sondern fordert ohne weiteres von ihnen Steuern. Anders ist es denn doch am „Volkshaus“. Hier zahlen die Arbeiter den Bau, und zwar nicht durch Gehaltsbeitrag, sondern freiwillig durch ihre Organisationen. Da ist es doch ganz logisch, daß sie an diesem Bau arbeiten wollen. Ferner geht sich Karl darüber aus, daß Kollege Lütze von Cöln einige Kollegen herangezogen hat. Wir glauben bestimmt, daß die Cölner Kollegen etwas mehr zur Hebung der Fliesenleger getan haben als Karl und seine Genossen; denn von selber haben sie die achteinhalbhündige Arbeitszeit und 80 1/4 Stundenlohn nicht erhalten. Windhoff macht dem Kollegen Lütze den Vorwurf, er habe sogar einem unorganisierten Lege Arbeit im „Volkshaus“ angeboten. Wir müssen fast annehmen, daß man sich in diesem Falle auf hinterlistige Weise Material gegen uns verschaffen wollte. Die Sache verhält sich so: Der unorganisierte Lege Zennebusch kam zum Kollegen Lütze und erklärte diesem, sie wollten den Zwischmeister Jürgen's sperren. Da erklärte Lütze, daß er unter diesen

### Vom Bau.

#### Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Bromberg. Am 14. September ereignete sich auf dem Neubau Hofe, Danzigerstraße, ein Unglücksfall. Als ein Bauhilfsarbeiter eine Last Ziegelsteine auf das Gerüst warf, fiel dem Maurer Franz Bolshi ein Ziegelstein gegen den linken Unterschenkel, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. — Am 25. September verunglückte auf dem Bau Friede in der Wilhelmstraße der Maurer Franz Kurzgetsch, indem er sich beim Absteigen durch einen Nagel an der rechten Hand so erheblich verletzte, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Am 14. Juli hatte sich Kurzgetsch auf demselben Bau ein Fingerglied der linken Hand abgequetscht.

Dudweiler (Rheinprovinz). Ein schwerer Bauunfall ereignete sich am 21. September nachmittags kurz nach 1 Uhr in der Brobingalstraße. Ein von dem Unternehmer Fuß aufgeführter zweistöckiger Neubau stürzte in sich zusammen, drei Maurer und einen Hilfsarbeiter unter den Trümmern begrabend. Ein etwa drei Jahre alter Knabe des Hauseigentümers wurde ebenfalls verschüttet. Der sofort alarmierten Feuerwehrgelang es nach ungefähr zweistündiger Arbeit, die Verunglückten zu bergen. Der Maurer Johann Scheidt von Ginstweiler war tot, ein anderer Maurer und das Kind verletzt, der dritte Maurer hatte einen Armbruch erlitten, während der Hilfsarbeiter ohne Verletzungen davongekommen ist. Der Bau wurde aus Zuffsteinen aufgeführt. Der Sockel war aus Moellons hergestellt und mit Zuffsteinen hintermauert. Sovieil man aus dem Trümmerhaufen erkennen konnte, waren diese Moellons durchweg als Läufer gesetzt und nicht genügend mit dem Hintermauerwerk verbunden. Der Bau war bereits gerichtet, die Innenwände und Gewölbe bereits fertig. Die Maurer waren dabei, die Kamine über Dach zu führen, als der Einsturz erfolgte.

Freudenstadt i. W. Am Gastwettbewerb fürchte am 20. September eine Mauer mit dem Gemölde eines Gasofens ein, wobei der 20 Jahre alte Maurer Ergenzinger und der 31 Jahre alte Tagelöhner Schant, Vater von zwei Kindern, so schwer verunglückte, daß sie auf dem Transport zum Krankenhause starben. Ein dritter wurde schwer verletzt aus den Schuttmassen gezogen. Die drei Defen waren gewölbt. Die eingestürzte soll noch eingestürzt gewesen sein. Die Arbeiter waren seitlich vom Ofen, mit Haufen von Scherben zum Anbringen der Verankerung beschäftigt. Was die Ursache des Einsturzes war, wird die eingehende Untersuchung ergeben. Die Arbeiter werden von der Firma Franke aus Bremen ausgeführt.

Kreuz a. d. Osthahn. Am 26. September verunglückte am Jostischen Neubau der selbständige Klempner N. Jurk beim Versteigen einer an einem Fußgerüst stehenden Leiter. Die Klump auf dem Platter aufgestellte Leiter rutschte und riß N. mit in die Tiefe. Er mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Als das Unglück passiert war, wurden sofort die nötigen Vorkehrungsmaßnahmen getroffen. Der Bau wird vom Architekten Jäger ausgeführt.

Mittweida. Am 24. September ereignete sich hier dadurch ein Unglücksfall, daß der Polier O. D. (worum nicht den vollen Namen? Die Red.) die unter einem ballentragenden Unterzug stehende Säule wegnahm, anstatt die Balken einzeln herunterholen zu lassen. Einer der stützenden Balken riß den Maurer G. Ludwig aus Mittweida um, so daß er unter den nachstürzenden Pfeiler zu liegen kam. L. erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels und wurde nach Anlegung eines Notverbandes in seine Wohnung übergeführt. — Die auf dem Bau arbeitenden Maurer werden erucht, jede vorkommende Unordnung sofort zu melden, damit Leuten, die glauben, mit Arbeiterleben spielen zu können, der Standpunkt klar gemacht werden kann.

Salzungen. Am 22. September ereignete sich am Turmbau der evangelischen Kirche ein bedauerlicher Unfall. Drei Maurer waren damit beschäftigt, den Flaschenfuß höher zu binden, wozu sie sich auf das darunter gelegene nicht mehr abgedeckte Gerüst begeben mußten. Dabei stürzte der 19 Jahre alte Maurer Paul Schulz infolge Mollens eines Hebels 18 m in die Tiefe. Er lag für einen Augenblick unter doppeltem Armbruch zu. An seinem Aufkommen wird gewweifelt. Obwohl also in einer Höhe von 18 m seine Verbindung war, erklärte der gerabe von der Unfallstelle kommende Schuhmann auf Befragen unsers Vorstehers, es wäre alles in Ordnung. Nach dem Unfall ließ der Unternehmer Innenmann aus Ehrsen bei Schötmair ein Schutzgerüst anbringen.

Scheuditz. Beim Errichten einer neuen Grundmauer im Grundstück der Firma J. Schaefer Söhne, wo ein neues Fundament für eine große Dampfmaschine gebaut wird, gab plötzlich das Erdreich nach. Die Mauer des angrenzenden Stellmachereigebäudes stürzte ein. Die in der Baugrube beschäftigten Arbeiter saßen die Gefahr und sprangen zur Seite. Nur der Maurer Robius aus Scheuditz konnte sich nicht schnell genug in Sicherheit bringen und wurde von dem stürzenden Dach und dem Gesteinmassen verschüttet. Hilfe war sofort zur Stelle, Robius wurde aus der Schuttmasse herbeigeholt und, da er schwere Verletzungen zu haben schien, mittels Krankenwagens der Klinik in Halle zugeführt. Hier wurde festgestellt, daß er das linke Bein gebrochen hatte. Triebfand soll den Unglücksfall beanlagen.

Vollmeringen. Am 14. September wollte der Maurermeister David Biassini an einem Neubau den Mauerputz anbringen, zu welchem Rade er sich mit einem Arbeiter auf einem Gerüst hochziehen ließ. In einer Höhe von 9 m brach plötzlich der eine Querbalken, auf dem das Gerüst ruhte, und Biassini stürzte in die Tiefe. Lebensgefährlich verletzt wurde er aufgehoben. Zuerst einer schweren Gehirnerschütterung hat er sich einen Bruch des Oberstumpels unterhalb des Beckens und andre Verletzungen zugezogen. An seinem Aufkommen wird gewweifelt.

Zoppot. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 21. September beim Abruch des hiesigen Kurhauses. Der Maurer Schiffer wurde mit herabstürzendem Mauerwerk in die Tiefe gerissen und kam unter das Mauerwerk zu liegen. Als er herbeigeholt wurde, konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen. Wen die Schuld an dem Unglück trifft, muß die Untersuchung ergeben. Man wird aber nicht feilschen, wenn man dem Unternehmer, der oben und unten zugleich abdreht, die Schuld zuschiebt. — Am 22. September ereignete sich ein etwas leichter Unfall, indem der Arbeiter Paul Dzigewitz von einem herabstürzenden Balken betastet am Fuße gequetscht wurde, daß er im Sanitätswagen in seine Wohnung gefahren werden mußte. Der Unternehmer dort scheint ja in recht leichtfertiger Weise mit Menschenleben zu spielen.

Bauarbeiterschutzkonferenz für Hessen-Nassau und Waldeck. Zu dem Bericht in voriger Nummer erhalten wir nachträglich von dritter Seite folgende, von der Konferenz angenommene, Resolution. (Wir bemerken, daß uns von der Konferenz ein offizieller Bericht nicht zugegangen ist, weshalb wir uns mit dem etwas knappen Bericht des gewerkschaftlichen Nachrichtenbureaus begnügen mußten. Daß wir es als ungehörig empfanden, daß man unser Blatt zur Einberufung von Konferenzen benutzt, ohne uns von deren Verlauf dann auch offiziell zu berichten, haben wir schon in Nr. 27 des „Grundstein“ gesagt.) Die Resolution lautet:

I. Die Hess.-Nass. Baugewerkschaft hat es bisher nach den gesammelten praktischen Erfahrungen nicht erreicht, einen wirksamen Schutz für die gefährdeten Bauarbeiter im Bereich ihres Tätigkeitsgebietes durchzuführen. Aber noch weniger erfolgreich und befriedigend ist die Tätigkeit der Nassau-Bauarbeiter im Bezirk, um für die im Kiezbau beschäftigten Arbeiter einen ausreichenden Schutz, entsprechend den sich ergebenden Arbeitsgefahren zu gewähren. Jedoch ist es nicht allein die Arbeiterfürsorge der Bauarbeitervereinigungen, die ungenügend und wenig erfolgreich sich dieser Aufgabe widmen, sondern daselbe kann über die Maßnahmen der Polizeibehörden gesagt werden. Die Grundzüge der erlassenen Polizeiverordnungen zur Förderung des Arbeiterschutzes auf Bauten haben nach dem Ministerialerlaß vom 17. Juli 1907 an die Regierungspräsidenten nicht die berechtigten und notwendigen Anforderungen erfüllt. Die wiederholten Erhebungen und Kontrollen der Vertrauenspersonen der Arbeiter, wie die letzte Erhebung im Juli d. J. in der Provinz Hessen-Nassau, ergaben dies mit Deutlichkeit. Die durch die Behörden erlassenen Schutzvorschriften über Gerüstbau, Ubedeckung der Balkenlagen, Staububen, Abortanlagen, Dichtung der Winterbauten, Vermeidung offener Kohlefeuer usw. zeigen infolge mangelhafter Ueberwachung die seit Jahren wiederholt und nachdrücklich gerügten Mängel. Den besten Beweis hierfür liefern die steigenden Unfall- und Erkrankungsstatistiken der bauarbeiterlichen Arbeiter. Ferner ist eine Erweiterung und Förderung des Arbeiterschutzes nicht von den in Aussicht gestellten Maßnahmen der Staatsregierung zu erwarten. Die Ausführungen des Herrn Ministers d. Baueisen am 17. März d. J. können durchaus nicht als solche angesehen werden. Denn eine vermehrte Bauaufsicht durch „mittlere Beamte und vorgebildete Schutzleute“, wie der Minister meinte, könne wegen ihrer ungenügenden, sachlichen und praktischen Vorbildung eine Förderung des Bauarbeiterschutzes und eine Beseitigung der Mängel und Mißstände, die mit der heutigen Bauaufsicht und Ueberwachung des Baubetriebes verbunden sind, nicht bringen. Solche Maßnahmen können nur als neue Konzeptionen an das Baurechtsministerium aufgestellt und als eine Wahrung der seit Jahren rechtlich erhobenen und mit zahlreichen Beweisen belegten Forderungen der gesamten Bauarbeiter angesehen werden. Deshalb fordert die am 5. September in Frankfurt a. M. tagende Konferenz der bauarbeiterlichen Arbeiter in Hessen-Nassau, daß das Staatsministerium den Bauarbeiterschutz durch Verordnung wie folgt landesgesetzlich regelt:

- 1. Der Schutz gegen Unfälle und sonstige Gesundheitsgefahren bei den Baubetriebstätigkeiten ist grundlegend durch Normalvorschriften einheitlich zu bestimmen, wobei die Vorschläge der Arbeiter zur Geltung kommen müssen.
- 2. Für den Umfang des Staatsgebietes ist beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine Zentralbehörde für Beaufsichtigung von Bauausführungen zu errichten, die alljährlich über ihre Tätigkeit einen Bericht zu veröffentlichen hat.
- 3. Die behördliche Baubeaufsichtigung ist dahingehend zu reorganisieren, daß bei den Baupolizei- und Kreisbauämtern mindestens ein Baufontrollleur aus dem Arbeiterstande angestellt wird. Für größere Orte sind entsprechend mehr Baufontrollleure anzustellen.

Diesen Baufontrollleuren sind die Befugnisse zu erteilen, die eine wirksame Tätigkeit für den Arbeiterschutz ermöglichen. Die Baupolizeiamter haben alljährlich über ihre Aufsichtstätigkeit einen Bericht zu veröffentlichen.

II. In Erwägung, daß die vom Bundesrat auf Grund des § 120 e der Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften für das Maler-, Lackierer-, Anstreicher-, Tischler- und Weißbinderhandwerk nicht geeignet sind, die Gefahren der Weißbinderhandwerk zu vermindern, weil die vom Verband der Maler und Weißbinder usw. im Jahre 1907 im allgemeinen und die für die Provinz Hessen-Nassau im August d. J. im besonderen herausgegebenen Aufnahme ergeben hat, daß die vorgenannten Handwerke durch die Gewerbeinspektionen und Polizeibehörden vollständig ungenügend sind und infolge der Mangelhaftigkeit der vielen kleinen Betriebe nicht ausreichend durchgeführt werden können, fordert die am 5. September 1909 in Frankfurt a. M. tagende Bauarbeiterkonferenz ein selbständiges, selbst aller bleibhaltigen Farben und verlangt, daß die gewerbliche Ueberwachung der Betriebsunfällen gleichgültigen ist. Ferner verlangt die Konferenz von den staatlichen und kommunalen Behörden, daß in ihren Betrieben bleibhaltige Farben nicht verwendet werden und fordert, daß bei Verwendung der Maler-, Lackierer-, Anstreicher- und Weißbinderarbeiten der Privatunternehmern dies zur Verbindung gemacht wird, um die Beseitigung der bestehenden Bleibhaltigkeiten fördern zu helfen.

Umständen bei ihm anfangen könne. Der Artikelschreiber wirft dann unsern Kollegen Lariförch vor, kann aber nur einen Fall aus dem Jahre 1907 anführen, wo Bonnier Seger unter Larif gearbeitet haben sollen. Wir haben jedoch keinerlei feststellte, daß Windhoff sich hierin ebenfalls gewaltig geirrt hat. Windhoff wirft dann dem Kollegen Luthke noch vor, daß er letzten Winter bei der Osterfurter Fabrik die Hauptlatten nicht und für Böcher nur 10 & statt 25 & bezahlt erhalten habe. Auch diese Behauptung hat er sich aus den Fingern gezogen. Luthke, der bezüglich der Nichtentgeltung des Larifs vor dem Einigungsamt als Zeuge vernommen wurde, konnte nur aussagen, daß er die Nebenarbeiten stets bezahlt erhalten habe. Diese Aussage paßt Windhoff natürlich nicht und deshalb bezieht er den Kollegen Luthke der Unwahrheit. Ferner wird behauptet, unsere Kollegen hätten letzten Winter die Nebenarbeiten überhaupt nicht bezahlt erhalten, was zum Teil zutreffen mag, doch waren an diesen Bauten auch Mitglieder der „Freien Vereinigung“ beschäftigt und im übrigen hat Karlchen selbst unter Larif gearbeitet. Er erklärte zwar, er erhalte mehr als der Larif vorzuschreiben, aber der Unternehmer habe ihm gedroht, daß er sich weisfährliche oder Götter kommen lasse, falls nicht auch er unter Larif arbeiten werde. Trotzdem wollte er mehr als den Lariflohn erhalten haben, was er ja selbst nicht glaubt. Wir wissen, daß in diesem Winter unter der großen Krise sich leider mancher hat weihen lassen, unter Larif zu arbeiten, dies bringt die Unklarheit mit sich und zweifelt in die Zahl der Kollegen, die von der Freien Vereinigung unter Larif gearbeitet haben, prozentual ebensoviele wie bei uns. Windhoff brüht sich weiter, damit, daß er öfter unsere Kollegen auf eigene Kosten in Arbeit gebracht und in einem Falle anläßlich eines Streiks sogar dieserhalb einige Tage gefesselt habe, ohne hierfür Bezahlung zu verlangen. Uns dünkt es ja lieb sein, wenn Windhoff immer so opferfreudig wäre, jedoch scheint dies nicht der Fall zu sein. Er weiß schon zu seinem Gebelbe zu kommen, was uns der letzte Streik bewiesen hat. Damals wurde vereinbart, daß sämtliche Rollen für Fernhaltung des Zugzuges gemeinsam von allen drei Organisationen getragen werden sollten, was auch geschah ist. Windhoff wollte dies aber auch auf den Rechtschulz sowie die aus dem Streik entstehenden Inhaftierungsunterstützungen angewandt haben. Da wir es gewöhnt sind, für unsere Mitglieder auch zu jeder Zeit einzutreten, lehnten wir das Verlangen Windhoffs ab; darob natürlich große Entzürzung. Während des Streiks wurde am Neubau des Genußgenießens in Höhe von den Organisationen gemeinsam die Plattenarbeit gemacht, der sich aus dieser Arbeit ergebende Ueberfuß sollte zu gleichen Teilen an die Organisationen verteilt werden. Windhoff, der während des Streiks die Verrechnung der gemeinsam verausgabten Gelder unter sich hatte, stellte auch die Schlussabrechnung von der Arbeit in Höhe auf. Der sich aus der Arbeit ergebende und nach dem Streik noch nicht verteilte Ueberfuß betrug M. 590.11. Unter den Ausgaben, die von uns, um jeden Streik zu vermeiden, anerkannt wurden, befinden sich folgende Posten, die nach dem Streik gemacht wurden: Für eine Hofe M. 10, Unterstützung an einen kranken Kollegen der Freien Vereinigung M. 45, Bräutigamsgeld an einen Kollegen der Freien Vereinigung während des Streiks M. 7, an den Kollegen Windhoff für Aufstellung der Lohnlisten während des Streiks M. 11, sonstige Ausgaben für Versammlung M. 7. Es blieb ein Ueberfuß von M. 485.28, der noch zur Verteilung gelangen mußte. Doch dem schlauen Karl war das zweifellos zu viel, und um das „Seinige“ zu bekommen, rechnet er sich schlantweg M. 97.88 als Mantelgeld an, was von uns natürlich nicht anerkannt wurde. Auf die Ueberrechnung warten wir heute noch; denn der opferwillige Karl hält, da wir ihn das Mantelgeld nicht bewilligen wollten, das Geld einfach fest. Die Christlichen haben ihren Anteil erhalten, indem der Sektionsvorsitzende das Geld selbst von der Krankenkasse holte; uns aber wird es vorenthalten. Wie lange noch? U. A. w. g.

### Molierer und Steinholzleger.

Chemnitz. Am 19. September fand hier eine Versammlung der Molierer statt. Zunächst beschäftigte man sich mit dem Fall Wlig, der von der Zahlstelle Dresden nach Chemnitz überwiesen wurde. Neu aufgenommen wurde Carl Wollmann. Wegen Umgehung des Arbeitsnachweises und unkollegialen Verhalten wurde Ernst Kofschwar aus dem Verbande ausgeschlossen. Dann wurde über eine Beschwerde des Kollegen Fröhlich-Dresden gegen den Kollegen Steuer verhandelt, der in der nächsten Versammlung zur Verantwortung gezogen werden soll. Zum Schluss ernannte der Vorsitzende die Anwesenden, recht kräftig für die Organisation zu agitieren.

### Zentralfrankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 19. bis 25. September fielen folgende Beträge eingegangen: Von der heiligen Vermaltung in Richtenberg M. 700, Brandenburg a. d. S. 300, Wilsenbend 300, Meiersberg 300, Walsdorf 240, Märberg 200, Gerstbühl 200, Meindorf 200, Pantow 200, Dnabruck 150, Süßenwalde 150, Senda (Wegit Halle) 150, Wensfeldorf 150, Peterow 100, Otendorf 100, Schiffsheim 100, Kästerki 100, Währhilt 100, Soben-Meudorf 100, Oberhilt 100, Arnstahl 100, Weisenau 100, Essen a. d. R. 100, Sonnenberg 80, Summa M. 4820.

Zuschüsse erhielten: Windcken M. 200, Mombach 150, Mummund 100, Samml. i. Weiff. 100, Gannstatt 100, Landshühl 100, Frieslad 50, Summa M. 800.

Witona, 25. September 1909.

Karl Reih, Kampfschreier, Wilsenb. 57.

### Polizei und Gerichte.

**Der bestrafte Verleumder.** Die in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung tätigen Genossen haben, insbesondere wenn sie angestellte Beamte sind, von drei Seiten her Angriffe zu erdulden: von den Unternehmern und deren Presse, die jeden Gewerkschaftsbeamten als „Heber“ hinstellen, der sich auf Kosten der Arbeiter „mästet“, von den Sozialisten und Anarchisten, die ihn umgekehrt als „Bremser“ und als Verräter der Arbeiterinteressen bezeichnen, sobald die Arbeiterschaft irgendwo noch nicht die Stärke besitzt, das Unternehmertum niederringen zu können, und endlich von all den Elementen, denen der Gewerkschaftsbeamte aus irgendeinem Grunde auf die Finger klopfen mußte. Diese letztere Sorte, die gewöhnlich nicht zu der Klasse der Menschheit in guten Sinne gehört, greift zumeist zur schmutzigsten Waffe: der niederträchtigen persönlichen Beschimpfung und Verleumdung. Als Privatpersonen würden sich die Partei- und Gewerkschaftsbeamten, wenn sie von solchen Leuten beschimpft werden, meistens wohl gar nicht beleidigt fühlen, weil sie von den Anwürfen moralischer Schmutzfunken nicht getroffen werden; aber sehr oft werden Mitglieder und unwissende indifferente Kollegen durch die Verleumdungen vor dem Verband stutzig gemacht, so daß eine gerichtliche Klärstellung des Sachverhaltes nötig ist. In dieser Lage befand sich kürzlich auch der Kollege Hauer vom Zweigverein Heidelberg. Der Maurer Michael Probst II in Leutershausen hatte im Jahre 1908 in der Zahlstelle Leutershausen als Kassierer Geld unterschlagen und wurde deshalb im letzten Frühjahr in Weinhelm wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern verurteilt. In einer Wirtenschaft in Schriesheim von einigen Kollegen wegen seines Verhaltens vor Rede gestellt, behauptete er einfach, Kollege Hauer habe M. 2000 unterschlagen, er, Probst, könne das beweisen. Als nun Probst vor dem Gericht den Beweis antreten sollte, trüfte er völlig zusammen und blieb jeden Funken eines Beweises schuldig. Dafür spielte er den Unschuldigen. Das Mannheimer Schöffengericht diktierte ihm für die Verleumdung eine Geldstrafe von M. 50 zu, an deren Stelle im Falle der Unbeibringung einer Gefängnisstrafe von zwölf Tagen tritt. Zur Begründung führt das uns schriftlich vorliegende Urteil aus: „Im Hinblick auf die Schwere und die völlige Grundlosigkeit der Beleidigung erschien eine empfindliche Strafe angezeigt.“

**Aus Pforzheim.** Bekanntlich wurde der Vorsitzende des Gaus Pforzheim, Kollege Richard Horter, am 19. Juli in einer Gastwirtschaft in Pforzheim verhaftet, weil er bei einem „Arbeitswilligen“-Transsport auf dem Bahnhofsplatz einen „Arbeitswilligen“ angefaßt und beiseite gezogen haben soll. Da es sich um einen ganz harmlosen Vorgang handelte, wurde er bald wieder freigelassen. Jetzt wurde Horter vom Pforzheimer Schöffengericht zu der ungläublichen Strafe von 14 Tagen Gefängnis verurteilt, obgleich der „Angefaßte“ vor Gericht ausstieg, er sei nur einen Augenblick mit einer Hand gehalten worden. Ein Schutzmann mußte es aber besser als der „Angefaßte“ selbst und beschwor, Horter habe den „Arbeitswilligen“ mit beiden Händen an die Brust gefaßt. Gegen das Urteil ist selbstverständlich Berufung eingelegt worden.

**Pforzheimer Polizei.** Bei dem mehrfach geschilderten Verhalten der Pforzheimer Polizei während des verflochtenen Streits unserer Kollegen ist es zu verstehen, daß jetzt noch allerlei gerichtliche Nachspiele kommen, bei denen unsere Kollegen zwar formell die Angeklagten sind, in Wirklichkeit jedoch die untergeordneten Polizeigorgane moralisch Speikulen laufen. Für das Verhalten der Pforzheimer Polizei ist folgender Gerichtsbericht typisch. Kollege Bernward und ein organisierter Metallarbeiter waren wegen Verleumdung eines Schutzmannes, lassen wir ihn unter seiner Dienstnummer 30 passieren, unter Anklage gestellt worden. Bernward hatte in einer öffentlichen Versammlung eine angebliche Äußerung der Nr. 30 wiedergegeben und kritisiert: Die Streikbrecher sollten sich Revolver kaufen, und wenn die Streikenden kämen, diese niederschießen. Der Metallarbeiter war angefaßt worden, weil er die angebliche Äußerung der Nr. 30 an Bernward mitgeteilt hatte. Die Weisenaufnahme ergab nun, daß sich die Nr. 30 tatsächlich in bei einem Beamten geradezu unqualifizierbarer Weise geäußert hat. Nach seiner eignen Aussage will dieser „Schutzmann“ zu einem Maurermeister gesagt haben, er würde sich an dessen Stelle einen Revolver zu legen und eventuelle Angreifer niederschließen. Das wäre nun schon für einen Beamten eine arge Verletzung des Notwehrrechts, die einen bei einem „Schutzmann“ allerdings nicht wundern darf. Aber nach den Aussagen der eidlich vernommenen Zeugen hat sich Nr. 30 noch weit unehrlicher geäußert. Er hat danach zu den Streikbrechern auf dem Bau des Internernehmens Schrotz gesagt: „Kauf ich Revolver, und wenn einer herkommt, so schießt ihn zusammen.“ Ähnlich so hat es ein Maurer gehört: „Wenn sie (die Streikenden) herkommen, so schießt sie zusammen.“ Trotz dieser Weisenaufnahme plädierte der Anwalt für Bestrafung und das Gericht beurteilte tatsächlich Bernward zu M. 20 und den andern angeklagten Genossen zu M. 10 Geldstrafe. Bei der Besetzung des Schöffengerichts (ein Pfälzermeister und ein ländlicher Bürgermeister) nicht weiter verwunderlich. Es ist aber trotzdem anzuerkennen, daß der Vorsitzende in der Begründung des Urteils sagte, die Äußerung der Nr. 30 sei höchst ungebührlich. Das glauben wir auch; aber leider ist sie nicht so ungebührlich, wie sie ungebührlich ist. Diese Auffassung von dem, was man gegen Streikende tun darf, ist bei der Polizei gang und gäbe, und zwar nicht nur in Pforzheim. Neunzig Hundertel aller Konflikte zwischen Polizei und Streikenden sind durch diese Polizeiauffassung verschuldet. Und doch: ist die Polizei allein schuldig? Nein; denn sie gibt darin nur die Auffassung wieder, die bei den herrschenden Klassen und bei allen Behörden des Staates allgemein herrscht. Dies ganze System ist eng mit dem ganzen Zustande der Rechtlosigkeit der Arbeiterschaft verknüpft. Darum muß sich der Kampf gegen die Polizeiwilktür, gegen die allgemeine Rechtlosigkeit der Arbeiterschaft richten.

### Eingegangene Schriften.

Von der Verlagsanstalt und Buchdruckerei Paul Singer in Stuttgart: **Die Neue Zeit**, Wochenchrift der Deutschen Sozialdemokratie. Redigiert von Karl Kautsky. Heft 52 des 27. Jahrgangs. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolportage zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 1,25. Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis M. 3,25 (ohne Postgebühren). Bei direktem Bezug unter Kreuzband innerhalb Deutschlands und Oesterreich-Ungarns vierteljährlich M. 3,90, innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich M. 4,55. Die Neue Zeit darf als unentbehrliche Zeitschrift für alle diejenigen bezeichnet werden, die ein mehr als flüchtiges Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.

**Die Gleichheit**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Redigiert von Klara Zetkin. Mit den Beilagen: „Für unsere Mütter und Hausfrauen“ und „Für unsere Kinder“. Nr. 26 des 19. Jahrgangs. Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage in Nummern à 10 S oder bei Postbezug vierteljährlich 65 S (inkl. Postgebühren).

**Der wahre Jakob**, illustrierte humoristisch-satirische Zeitschrift, mit einer Unterhaltungsbeilage. Redigiert von B. Heymann. Nr. 20 des 19. Jahrgangs. „Der wahre Jakob“ erscheint alle vierzehn Tage in Nummern à 10 S oder bei Postbezug vierteljährlich 65 S (inkl. Postgebühren).

Im Verlag von F. H. W. Dieß Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Waben und die Verführung für die Gleichheit** mit dem durch die herankommenden Prozeß und den Belegstücken. Von H. H. Buonarroti. Lieberfeld und eingeleitet von Anna und Wilhelm Wlos. (Internationale Bibliothek Nr. 49) 336 Seiten. Preis broschiert M. 2.—, gebunden M. 2,50. Das Werk enthält den einzigen authentischen Bericht eines beteiligten Zeitgenossen über jene Bewegung, die für die Entwicklungsgeschichte des Sozialismus von erheblicher Bedeutung ist. Die Lieberfelder hoffen das Verständnis für die Verführung Wabens, diese wichtige historische Ereignis, zu fördern, die von der herkömmlichen Geschichtsschreibung geringschätzig behandelt und entsetzt zu werden pflegt. Der Inhalt des Werkes besteht außer einer längeren Einleitung von W. Wlos und der Vorrede des Verfassers aus drei Teilen. Im ersten Teil werden die Parteien der jungen Republik einer scharfen Kritik unterzogen und die Pläne, Grundzüge und das Ergebnis der Verschwörungen dargelegt. Im zweiten Teil wird der Prozeß behandelt und im Anfang eine Reihe Aktenstücke mitgeteilt, die in der Bewegung eine Rolle gespielt haben. Weiter ist im Verlag von F. H. W. Dieß Nachf. in Stuttgart soeben erschienen: **Die Gesundheitspflege des Weibes**. Von Dr. F. W. Simon. Mit 35 Abbildungen im Text und einer farbigen Tafel. Siebte, umgearbeitete Auflage, 304 Seiten. Preis broschiert M. 2, gebunden M. 2,50. Das seit Jahrzehnten sich einer steigenden Verbreitung erfreuende Buch legt jetzt in der siebten, neu bearbeiteten Auflage vor. Seine bessere Empfehlung können wir dem nützlichen Werte, das zu einem verantwortlichen Mätker in der Familie geworden ist, nicht mit auf den Weg geben. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Bau und Leben des menschlichen Körpers. Der Körper des Weibes. Mädchen-erziehung. Ernährung des Säuglings. — Die Gesundheitspflege während der Schuljahre. Die Gesundheitspflege der Jungfrau. Die Gesundheitspflege der Gattin. Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett. — Das Kindbettfieber. — Die Verhütung des Kindbettfiebers. — Die Pflege der Wöchnerin und Stillenden. Die ansteckenden Geschlechtskrankheiten.

### Briefkasten.

**Veranstaltungsanzeigen**, die bereits im allgemeinen Veranmeldungsregister des Vorstandes in den Nummern 26 u. f. enthalten sind, können wir nicht noch einmal aufnehmen.

**Uten.** Streikbericht muß durch Stempel beglaubigt sein. Die Unterschrift „Streikleitung“ genügt nicht.

**Solbad 128.** In solchen Rechtsfragen erteilen wir keine Auskunft; da wendet Du Dich am besten an einen Rechtsanwalt.

**N. E., Krappwitz.** 1. Wenn sich ein Pfarrer auf der Kanzel eine Verleumdung zuschulden kommen läßt, so kann er selbstverständlich verklagt werden. Die Verjährung tritt nach fünf Jahren ein. 2. Ja.

**Joppo.** Das können wir nicht. Wenn Du eine Abschrift von dem Bericht hast, kannst Du es leicht selbst feststellen.

**Rolandbrüder in Grimmitzschau.** Solche Anzeigen nehmen wir nicht mehr auf. Die Gründe sind in Nr. 38 des „Grundstein“ angegeben.

**Kiel.** Anonyme Zuschriften können wir nicht berücksichtigen.

**Karl v. Cöln.** Warum schreibst Du doch an den „Grundstein“? Das könnt Ihr doch dem Kollegen Muth persönlich sagen oder brieflich mitteilen.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

**Clemens Wirthgen**, geboren 28. Dezember 1873 in Zwickau, z. Z. in Dresden, wird von seinen Angehörigen gesucht. Kollegen, die die Adresse des Genannten angeben können, werden ersucht, diese sofort an Franz Barth, Dresden-N., Nigenbergstr. 2, gelangen zu lassen. [M. 1,80] Der Zweigvereinsvorstand.

**Wilhelm Härle**, geboren am 5. April 1882 zu Württemberg, wird gebeten, wegen Erkrankung seines Vaters nach Hause zu kommen. Kollegen, die seinen Aufenthaltsort kennen, werden ersucht, Mitteilung an Karl Kraft, Rannau a. Neckar, Rathausgasse Nr. 1, gelangen zu lassen. [M. 2,10]

Der Vorstand des Zweigvereins Heilbronn.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile kostet 15 S.)

**Angsburg.** Im Alter von 54 Jahren starb unser Kollege **Joh. Burschick** an einem Kopfleiden. **Bergen a. N.** Am 25. September starb unser Kollege **A. Mink** im 40. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit.

**Breslau.** Am 25. September verschied nach mehrjähriger Krankheit unser treuer Verbandskollege **Gustav Scharfenberg** im Alter von 32 Jahren an Herzleiden und Wasserhuch.

**Dauensalza.** Am 21. September starb unser treuer Verbandskollege **August Reinhardt** aus Mergleben im 57. Lebensjahre an den Folgen eines vor zwei Jahren erlittenen Baumfalls.

**Magdeburg.** Am 21. September starb unser langjähriges Mitglied **Christian Hennebold** im Alter von 66 Jahren an Altersschwäche.

**Niemheid.** Am 18. September starb unser Mitglied **Joh. Wilden** im Alter von 55 Jahren an Lungenbrand.

**Saarbrücken.** Am 21. September starb infolge eines Baueinbruches in Sudweiler unser treues Verbandsmitglied **Johann Scheidt** von Ginkweiler im jugendlichen Alter von 23 Jahren.

**Sachwitz.** Am 20. September starb nach kurzen, schweren Leiden unser treues Mitglied und Mitbegründer des Zweigvereins **Paul Heimlich** an Typhus im Alter von 27 Jahren.

**Teichendorf.** Am 15. September starb unser treues Mitglied **Aug. Dietrich** im Alter von 53 Jahren an Herzschlag.

**Wiesbaden (Sogheim).** Am 22. September starb unser treuer Kollege **Wilhelm Nic. Kraus** im Alter von 57 Jahren an Halsleiden.

Ehre ihrem Andenken!

### Itzehoe.

Sonntag, den 17. Oktober, feiert der hiesige Zweigverein sein **25. Stiftungsfest** im Lokal „Deutsche Eiche“, Besitzer Bornhold, Markt 3; Nachmittags 3 Uhr von der Herberge. Abends: Begrüßung der Gäste, Festrede, Kollegen und abends Ball. Sämtliche Kollegen der umliegenden Zweigvereine sind hierzu herzlich willkommen. Der Zweigvereinsvorstand. [M. 3,90]

### Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorstandsmitglied, K Kassierer, L Betriebsrat, H Herberge, R. Reklamationsabteilung oder Ansgesamt bei.)

**Cunnersdorf.** K Rudolf Bleibig, Schreiberehan i. N., Marzialtal (Haus Herzer).

**Hensburg.** K vom 1. Oktober an: Friedrich Schnoor, Schreiberehr. 17, 1. Et.

### Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Veranstaltungen zu besuchen.

**Verbandsversammlungen der Maurer.** **Sonabend, den 2. Oktober.** Schweiditz. Abends 8 Uhr im „Arbeitercasino“.

**Sonntag, den 3. Oktober.** Frankenhäuser a. Kyffh. Nachm. 3/4 Uhr im „Barbarossagarten“. **Frankensee.** Nachm. 3 Uhr im Frankenhäuser Lokale. F.-D.: Vereinsnangelegte Feiern. Verschiedenes. Referent ist anwesend. **Hersbruck.** Im „Gasthaus zum Hirschen.“ Mitgliedsbücher sind mitzubringen. **Wittstock.** Nachm. 2 Uhr bei Herrn Carl Müller, Herberge.

**Dienstag, den 5. Oktober.** Heide. F.-D.: Lohnfrage.

**Mittwoch, den 6. Oktober.** Guben. Abends 7 Uhr im Vereinslokal (Stein).

**Sonntag, den 10. Oktober:** **Bamberg.** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. **Gräfenhain.** Nachm. 3 Uhr bei Hähnlein. Referent anwesend. **Hintersee.** Nachm. 1 Uhr im „Gasthof zum deutschen Haus“ in Dichtenburg. Referent anwesend. **Werder a. d. Havel.** Nachm. 3/4 Uhr in Glindow, Schmidt's Lokal. **Zerbst.** Nachm. 3 Uhr. Referent anwesend.

**Sonntag, den 17. Oktober.** **Lychen.** Nachm. 2 Uhr bei G. Ball.

**Zentralkrankenkasse der Maurer usw.** **Sonntag, den 3. Oktober.** **Würzburg.** Vorm. 10 Uhr bei Heinrich Raffler. Aufsichtsbearbeitung. Letzter Posttag im dritten Quartal. **Sonntag, den 10. Oktober.** **Würzburg.** Wienerversammlung. Quartalsbesprechung.